



LIBANON Interview mit der Demokratischen Volkspartei	8
STAHL GERLAFINGEN Proteste gegen Deindustrialisierung	10
ASYLPOLITIK Pseudolösungen für Pseudoprobleme	12
BAUERNKRIEG Schon vor 500 Jahren standen Bäuer_innen auf	14



MILITÄR

Landesverteidigung mit Blick nach innen

Teil 1

Seit dem «Franzosenfall» von 1798 sind die Zeiten grosser Schlachten zweier Heere vorbei. Der «Volkskrieg als kleiner Krieg in den Provinzen», bei dem Bevölkerung und Militär gemeinsam kämpfen, ist nichts weiteres als ein «staatlich organisierter Guerillakrieg». Diese Hybridisierung des Krieges warf schon damals Fragen zur Inneren Sicherheit auf, und ähnliche Konzepte sind bis heute von konterrevolutionären Strategien begleitet.

Die ersten Ideen vom Landsturm, «Compagnies franches» und dem Volkskrieg - der Feind kommt von ausserhalb

(ag) Die Geschichte des Landsturms, als Generalmobilmachung, beginnt mit der Zeit der Helvetischen Republik von 1798 - 1803. Am Anfang der Republik steht der «Franzosenfall», eine militärische Auseinandersetzung zwischen der Ersten Französischen Republik und der Alten Eidgenossenschaft zwischen dem 28. Januar 1798 und dem 28. Mai 1799. Dem französischen Sieg folgte eine militärische Besetzung eines Grossteils der heutigen Schweiz durch Frankreich und die Gründung der Helvetischen Republik als Tochterrepublik. Es folgt eine unruhige Zeit bis zur Auflösung der Republik 1803, auf die hier nicht weiter eingegangen wird. Der «Franzosenfall»

war ausschlaggebend für das Denken der Militärbefehlshaber der bürgerlichen Klasse zum Thema Landesverteidigung. Seit damals bis heute existiert nur dieses Szenario: Die Verteidigung bei einer Besetzung oder Teilbesetzung der Schweiz, der Rückzug der Armee zur strategischen Neuaufstellung und sogar Kapitulation der Regierung. Im Zentrum der Debatten steht der bürgerliche Volkskrieg, oder, wie er heute genannt wird: Der hybride Krieg mit Freiwilligen, als Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegen einen angreifenden Feind. Diese ursprünglich zutiefst bürgerliche Strategie erwähnt auch der Militärwissenschaftler Carl von Clausewitz 1832 in seinem Werk «Vom Kriege» im sechsten Buch «Volksbewaffnung». Er erkennt einerseits den breiten aufständischen Charakter des Volkskrieges gegen eine feindliche Besetzung. Dennoch kritisiert er, dass eine so breite Bewaffnung nicht unbedingt zu einem gleich grossen Erfolg führen muss. Er formuliert eine der wichtigsten Regeln für den bürgerlichen Volkskrieg: Er wird immer als Verteidigung im Inneren des Landes geführt! Der Landsturm soll nicht das Haupttheater des Feindes angreifen, sondern einen kleinen Krieg am Rande, in den Provinzen, führen. Es ist die Grundidee einer strategischen Einheit zwischen (zivilen) Freiwilligen und offizieller Armee. Geführt werden keine grossen Schlachten mehr, der «kleine Krieg» findet Einzug in diese Theorie. Als revolutionäre Seite kennen wir dieses Konzept sehr gut, sowohl in der Stadtguerilla wie im langandauernden Volkskrieg.

Bis zur Gründung des Bundesstaates 1848 gab es keine «eidgenössischen Truppen». Zwischen 1815 und 1874 stellten die einzelnen Kantone der Eidgenossenschaft bewaffnete Truppen von Milizionären auf. Schon damals hielten einige Kantone Reserven. Diese Reserven waren 1853 in folgende Altersklassen eingeteilt: «Auszug» (22 bis 30 Jahren), «Reserve» (31 bis 38 Jahren) und «Landwehr» (39 bis 44 Jahre). Zusätzlich waren alle wehrfähigen Bürger vom 17. bis 50. Lebensjahr landsturmpflichtig, sofern sie nicht dem vorhin genannten Auszug oder Landwehr angehörten. Diese landsturmpflichtige Reserve sollte nur ergänzend eingesetzt werden. An dieser Stelle sollte auch erwähnt werden, dass 1848 die durchschnittliche schweizerische Lebenserwartung um 40 Jahre betrug.

1858 schrieb der Sekretär des schweizerischen Militärdepartements Heinrich Lehmann eine «Abhandlung über den Gebirgskrieg», mit einem Unterkapitel «Über die Anwendung des kleinen Krieges in der Schweiz». Darin beschreibt genaue Vorstellungen des Landsturms als Ergänzung für eine vom Haupttheater angeführten Landesverteidigung. Heinrich Lehmann erkennt die Gefahr für einen potentiellen Aufstand, durch einen Vertrauensverlust in die Regierung: «in wildem Verlauf sein Ufer überschreiten, alle Schranken durchbrechen, jeden Plan stören, das eigene Feld verwüsten».

Inhalt

- 3 USA: Man steigt nicht zweimal in denselben Fluss
- 4 Sparpolitik: Sozialabbau für die Aufrüstung
- 5 Zürich: Wem sini Plätze?
- 7 Imperialismus: Durchmarsch bis zur Nato-Mitgliedschaft?
- 8 Libanon: Revolutionäre Solidarität mit dem Widerstand gegen Imperialismus und Zionismus!
- 9 Budapest-Komplex: Zur Repression gegen militanten Antifaschismus
- Touristification: Von easyHotels in Wohnquartieren zu geklauten Schlüsselboxen
- 10 Stahlwerk: Stahl Gerlafingen muss bleiben!
- 11 Im Bild: Truss & Freddie Oversteegen und Hannie Schaft:
Arbeitskampf: «Diese Aktion zeigte Presto, dass wir es ernst meinen»
- 12 Europa: Asylpolitik und Rechtsentwicklung
- 13 Antikolonialismus: Anura Kumara, wer?
- 14 Geschichte: 500 Jahre «Bauernkrieg»
- 15 Lesetipps
- 16 Dokumentarfilm: Suspekt –50 Jahre politische Prozesse in der Schweiz

POLITISCHE GEFANGENE

50. Todestag von Holger Meins

Am 9. November 2024 kamen bei einer Veranstaltung von Organisiert Handeln über 130 Menschen zusammen, um dem Tod von Holger Meins zu gedenken und sich mit dem anhaltenden Töten der Staatsgewalt auseinanderzusetzen. Karl-Heinz Dellwo und Gabriele (Ella) Rollnik boten die einzigartige Möglichkeit, gemeinsam in die Vergangenheit zu blicken und Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen.

Die Gäste nahmen das Publikum mit in die Zeit, in der sie die Nachricht von Holger Meins Tod ereilte. Sie beschrieben die Zeit der Stadt-Guerilla in den europäischen Metropolen ganz im Zeichen von Ché Guevaras Leitsatz «Den Kampf ins Herz der Bestie tragen» und die Zeit, in denen sich eine Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der gefangenen RAF-Mitglieder in der Isolationsfolter bildete. In dieser Zeit ist die Nachricht von Holger Meins Tod zwar ein Schock, unerwartet jedoch nicht, wie Karl-Heinz Dellwo ausführte:

«Der Tod von Holger Meins nach 57 Hungerstreik Tagen war angekündigt, er war von staatlicher Seite aus nicht nur erwartet, er war gewollt worden. Buback, so hatten wir schmerzlich begriffen, hatte uns eine Leiche vor die Füße geworfen, eine Machtdemonstration, eine Arroganz und Selbstherrlichkeit, auch eine Verachtung, mit der Drohung: «Wenn Ihr Euch nicht anpasst, löschen wir Euch aus». Das war die Sprache des Faschismus.»

In diesem Faschismus ist der Tod von Holger Meins Teil der kapitalistischen Kriegsführung gegen alles, was sich der Unterwerfung verweigert. Wo stehen wir heute, 50 Jahre später? Die kapitalistische Kriegsführung geht weiter, der fortschreitende Faschismus ist zur Realität geworden, «der Kapitalismus ist global und totalitär geworden». Man ist gewöhnt an die systematische Barbarei, mit denen das kapitalistische System 40'000 Menschen auf dem Mittelmeer und in Gaza tötet – wogegen die RAF einst kämpfte, ist längst Normalität.

Eine Aufzeichnung der Veranstaltung findet sich auf der Website von Organisiert Handeln unter www.orgghan.ch zum Nachhören.



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Demo vom 25.11.2024

Editorial

(red) Wie seit vielen Jahren findet das World Economic Forum WEF diesen Januar in den Bündner Bergen in Davos statt. Wie immer spielt das Militär bei der Abschottung und umfassenden Kontrolle des Bergdorfes eine Hauptrolle. Dass die Grossveranstaltung mit so vielen anwesenden Verbrechern geschützt werden muss, wundert niemanden. Dass der Kanton trotz der regelmässigen Absehbarkeit des WEFs den subsidiären Einsatz des Militärs in Anspruch nimmt, ist schon ganz selbstverständlich. Der Kanton Graubünden seinerseits präsentiert sich besonders «armeefreundlich» und will als Gegenleistung für den Einsatz des Militärs Kasernen und Luftwaffenstützpunkte auf dem Kantonsgebiet begünstigen.

Im Schwerpunkt dieser Zeitung geht es um Militärthemen. In einem Artikel werden Notfallszenarien des Schweizer Militärs beleuchtet. Also etwa was sich das Militär überlegt, wenn die Problemlage sich nicht nur auf den Schutz von Kapitalisten in Davos für einige Tage beläuft, sondern wenn der Staat grundsätzlich bedroht ist. Im Artikel über die NATO wird die Frage aufgeworfen, ob sich die Schweiz auf eine NATO-Mitgliedschaft zubewegt.

In dieser Zeitungsausgabe wollen wir natürlich nicht nur analysieren wie sich der Schweizer Staat auf «herausfordernde Sicherheitslagen» einstellt. Wir schauen nach Libanon und Sri Lanka, wo es eine lange Kampftradition gibt, aber auch nach Gerlafingen im Kanton Solothurn, wo gegen den Abbau von Arbeitsstellen protestiert wird. Menschen nehmen dabei ihr Schicksal in ihre eigenen Hände, gegen den Willen von Firmenchefs oder einer selbsternannten Weltelite in Davos.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

USA

Man steigt nicht zweimal in denselben Fluss

Das US-amerikanische Stimmvolk will die Rückkehr des vormaligen Präsidenten Donald Trump. Was vor acht Jahren überraschte, war heute erwartbar.

(gpw) Der Sieg der Republikaner ist eine Ohrfeige für die liberalen Demokraten, zumal er dieses Mal nicht in erster Linie auf die Komplexität des US-Wahlsystems mit seinen ungleich verteilten Elektorenstimmen zurückzuführen ist. Erstmals seit 20 Jahren hat eine Mehrheit der Wählenden den republikanischen Kandidaten gegenüber jener der Demokraten bevorzugt. Durchs Band wurde Kamala Harris abgestraft, kaum eine Gemeinde oder eine gesellschaftliche Gruppe, in welcher sie nicht im Vergleich zu Joe Biden vor vier Jahren markant verlor. Man kann im Detail allerlei Gründe dafür suchen, die einzeln alle ihre jeweils eigene Berechtigung haben mögen (der fehlende Bezug zur Klasse, der Genozid in Gaza, das Festhalten am alternden Biden usw.), doch muss man im Grossen und Ganzen festhalten, dass Trump schlicht ein Versprechen abgab, das verlockt und verfängt, wohingegen Harris die Kandidatin der Vergangenheit war. Er hat einen Plan, der irr und reaktionär sein mag, autoritär und libertär zugleich, aber sie hatte eben keinen.

Gruselkabinett

Rechtsextreme und Sexualstraftäter, Impf-Skeptiker und Tech-Milliardäre, es ist eine wilde Truppe, die die kommende Trump-Administration zu Beginn prägen soll. Wie lange diese Allianzen halten mögen ist schwierig zu sagen. Belastet wird die Bündnisfähigkeit durch die Unberechenbarkeit der einzelnen Bestandteile, was sowohl Kalkül ist (weil jederzeit alles möglich ist), die aber ebenso Fragilität mit sich bringt, welche vorerst von der disziplinierenden Überfigur Trump im Zaum gehalten werden kann. Gesellschaftlich verbindet sie aber viel, und sie tun wenig dafür, die gemeinsamen Pläne zu verbergen oder verklären. Während des Wahlkampfes machte das «Project 2025» die Runde, ein Dokument rechter Kreise, welches skizziert, wie man die Gunst der Stunde nutzen will, um die USA in ihrem Sinne umzugestalten. Gegen innen ein gesellschaftlicher Rollback, gepaart mit Militarisierung und Autoritarismus sowie eine massive Einschränkung des Staates bzw. aller historisch erkämpfter Sozialleistungen. Was vielerorts sonst oft nur schemenhaft oder bruckstückhaft als rechte Perspektive in der Krise erkennbar ist, wird hier zusammengeführt und offen propagiert.

Aussenpolitisch verspricht «America first» eine Rückkehr zur isolationistischen Linie der ersten Trump-Administration. Diese setzt zur Sicherung der US-Interessen weit weniger auf internationale Organisationen und Multilateralismus, zumal diese einschränken und verpflichten, ohne dass dabei immer unmittelbar was Zählbares rauskäme. Überhaupt wird die eigene Machtpolitik weit weniger normativ legitimiert und so propagandistisch umhüllt, als es in den vergangenen vier Jahren unter Biden mit der grossen



Elon Musk, Javier Milei und Donald Trump (v.l.n.r.), vereint in Mar-a-Lago.

Erzählung der Auseinandersetzung zwischen «Demokratie und Autokratie» der Fall war. Bei Trump ist Politik der Kampf zwischen verschiedenen Kräften, gemeinsame Interessen sind selten, Einheiten temporär und am Ende gilt das Recht des Stärkeren, nicht des Guten. Es ist grundsätzlich begrüssenswert, wenn durch diesen isolationistischen Kurs am einen oder anderen Ort die Ketten des US-Imperialismus lockerer werden. Ebenso selbstverständlich aber, dass dieses Vakuum keinesfalls automatisch von progressiven Kräften gefüllt wird, und dass die Neujustierung der Ketten nicht etwa ein Resultat von sozialen Kämpfen in den USA ist, sondern Ausdruck eines anderen Ansatz im Kampf gegen den Hauptfeind der Volksrepublik China ist. Darin, dass dies die strategische Hauptherausforderung der kommenden Jahre und Jahrzehnte für die USA ist, sind sich Biden wie Trump einig.

Europäische Allesfresser

Wie erwartet hat die US-Wahl die Debatte um die «strategische Autonomie» Europas wieder aufgewärmt. Europa ist nicht Nabel der Welt und die transatlantischen Beziehungen kein Ding für die Ewigkeit. Unerbittlich nähern sich nächste Weichenstellungen im weltpolitischen Umbruch. Wenn sich der bisherige Hegemon in den europäischen Verhältnissen weiter zurückzieht, wer tritt dann an seiner Stelle und vor allem, wie? Man darf nicht vergessen, dass die vergangenen zwei Jahre von einem massiven Ausbau der Kriegswirtschaft geprägt waren, die mit der vermeintlichen Bedrohung aller europäischer Länder durch Russland be-

gründet wurde. Waren vor einigen Jahren noch 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die angestrebte Marke für Militärausgaben der NATO-Mitgliedsstaaten, ruft Jens Stoltenberg (vormaliger NATO-Generalsekretär, bald Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz) heute keck aus, dies fortan als untere Grenze zu verstehen und sich stattdessen in Richtung 3 Prozent zu orientieren.

Sinnbildlich spricht Emmanuel Macron als französischer Präsident beim ersten EU-Gipfel nach der Wahl davon, dass der Pflanzenfresser Europa doch wenigstens Allesfresser werde, wenn er schon nicht Fleischfresser sein will. Ein blumiges Bild für einen kriegerischen Positionsbezug, der aus seinem Mund stellvertretend für den französischen Imperialismus wenig erstaunt. Inwieweit diese Haltung dann tatsächlich von der französischen Bevölkerung unterstützt wird, steht auf einem anderen Blatt, zumal es um seine demokratische Legitimation sowieso schlecht steht. Offener ist der weitere deutsche Kurs angesichts der Neuwahlen im Februar (und der tiefen Wirtschaftskrise). Gewinnt Friedrich Merz (CDU), dann hat der Bellizismus freie Bahn. Kanzler Scholz (SPD) windet sich und positioniert sich - kaum sind die Stimmen in den USA ausgezählt - als Verhandler mit Russland neu. Unklar, wieviel Zeit dafür bleibt, da die abtretende Biden-Administration in den verbleibenden Wochen noch ein letztes Mal mit den immer weiterreichenden Erlaubnissen für die Ukraine, US-Waffensysteme einzusetzen, ihr Spiel mit dem Feuer auf die Spitze treibt. Ob lächelnder Biden oder wütender Trump, Europa bleibt Mittel zum Zweck der US-Interessen.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Rückblick Aktionswoche «Wir tragen eure Kriege nicht – Krieg dem Krieg» 2024

Unter der Parole «Wir tragen eure Kriege nicht – Krieg dem Krieg» wurde zu einer Aktionswoche vom 11.–17. November 2024 aufgerufen. Durch mehrere Aktionen und Veranstaltungen während der Aktionswoche wurde die Schweiz als einer der Dreh- und Angelpunkte des globalen Kriegskapitals in den Fokus gerückt.

Die Schweiz mischt bei den Kriegstreibern mit. Sei es die ETH, die Kader des Militärs ausbildet und Software liefert für Kampfdrohnen oder Rüstungsfirmen, die fleissig Munition exportieren. Das Schweizer Parlament schaut dabei nicht tatenlos zu, sondern hat entschieden der Armee vier Milliarden Franken mehr zur Verfügung zu stellen. Ausserdem wird die Zusammenarbeit mit der NATO und der Schweiz verstärkt. Das Ziel dabei ist klar: Die Schweiz soll auf der internationalen Bühne kriegssicher auftreten.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land Die Dienstleistungen von Schweizer Banken und Lieferungen von Rüstungskonzernen ermöglichen viele Kriege. Grosse bürgerliche Medienhäuser unterstützen diese Entwicklung offen. Sie machen keinen Hehl aus ihrem Interesse an der Kriegstendenz, die sich in den Rechtsrutsch ihrer Branche

einreicht. So auch die «Neue Zürcher Zeitung», die während der Aktionswoche angegriffen wurde. Seit mehr als 200 Jahren verschreibt sich die NZZ einer liberalen Linie. Ihren Wurzeln in der Bourgeoisie dieses Landes ist sie seit Anfang an treu geblieben. «Eine Zeitung von der Elite für die Elite,» wie es ihr Chefredaktor Eric Gujer gerne beschreibt.

Dass diese Elite nicht unantastbar ist, zeigte sich beim abendlichen Besuch bei einem bekannten Kriegstreiber der FDP mit Feuerwerk und Plakaten. Die NZZ ist staatstragend und konterrevolutionär, was sie immer wieder aufs Neue beweist. Die Meinungsbildung im Sinne der herrschenden Ordnung ist Sinn und Zweck ihres Auftrags. Lobartikel für die NATO wechseln sich mit Statements von Militärpolitiker*innen ab. Es ist ein kläglicher Versuch ihrerseits, so zu tun, als gäbe es nur eine Möglichkeit angesichts kapitalistischer Krise und Kriege, nämlich nach vorne in den Militarismus. Dieser schlägt sich in der Schweiz besonders nieder in der systematischen Abwehr gegen Menschen auf der Flucht von Kriegen. So erleben Geflüchtete in der Schweiz Repression und müssen unter unwürdigen Lebensbedingungen leben. Stellvertretend für dieses System wurde die «ors», eine der grossen Asyllagerverwaltung, in Wipkingen markiert.

Solidarisch kämpfen

Die Maske der Kapitalist:innen, die von «Frieden» im Kapitalismus schwafeln, fällt bei genauerem Hinschauen sofort. Der kapitalistische Frieden, manifestiert allein den Status Quo und verfestigt die herrschenden Machtverhältnisse. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg muss deshalb mit dem Kampf gegen die imperialistischen Kräfte hier verbunden werden. Krieg dem imperialistischen Krieg heisst daher immer auch Kampf für die soziale Revolution. So gab es zahlreiche Aktionen gegen Akteur*innen auf diesem kriegerischen Schauplatz: Sprays und Plakate gegen Google, ETH und Banken.

Dieses ganze System dient nur den Ausbeuter*innen. Krieg zwischen den Klassengeschwistern ist nicht das Ziel; im Gegenteil, er soll für immer abgeschafft werden. Die stärkste Waffe dagegen ist die Solidarität mit der unterdrückten Klasse. Egal, ob man nach Palästina oder Mexiko schaut, nach Kurdistan oder auf die Philippinen: Der Krieg der herrschenden Klasse kann nur durch den revolutionären Krieg gestoppt werden. Wenn die Gewehre schweigen sollen, dann ist der revolutionäre Kampf unausweichlich!

<https://wirtrageneurekrisenicht.com/2024/11/20/rueckblick-aktionswoche-wir-tragen-eure-kriege-nicht-krieg-dem-krieg-2024/>

SPARPOLITIK

Sozialabbau für die Aufrüstung

Das im Herbst 2024 angekündigte Sparpaket des Bundes ist der breiteste Angriff auf soziale Errungenschaften seit Langem. Das wird die Kämpfe in den nächsten Jahren mitprägen.

(az) Ende September 2024 gab der Bundesrat bekannt, dass er ab 2027 rund 3.6 Mia. Fr. sparen möchte. Dieser Betrag soll sich bis 2030 auf 4.6 Mia Fr. erhöhen. Es ist eine Fortsetzung der Austeritätspolitik der 2010er-Jahre. Zum Angriff gehört auch die Tarnung des politischen Charakters und des direkten Bezugs zur nur wenige Monate zuvor beschlossenen Erhöhung der Armeeausgaben – Grund genug genauer hinzuschauen: Mit welchen Taktiken werden diese Angriffe vorangetrieben? Wie sind sie politisch einzuordnen? Wer wird darunter leiden, wer profitiert?

Die Rückkehr der Technokrat:innen

Die heilige Kuh der Finanzpolitik in Bern hat einen Namen: Schuldenbremse. Von linksliberalen Kräften bis weit nach rechts wird sie als Naturgesetz verteidigt. Sie wird medial immer wieder mit dem einfachen Bild der «Milchbüchlirechnung» begründet. Gib nicht mehr aus, als du einnimmst. Nebst dem offensichtlichen Einwand, dass die Finanzpolitik eines kapitalistischen Staates nicht mit dem Taschengeldverwaltung von Fünftklässler:innen verglichen werden kann, gibt es eine weitere offensichtliche Lücke in diesem Bild: Die Einnahmen werden als gesetzt betrachtet. Die Einnahmenseite soll möglichst nicht zur Debatte stehen, weder bei schlechten Löhnen für Angestellte, noch bei der Steuerpolitik für Kapital und Besitzende. Sparministerin Keller-Sutter betete in der medialen Berichterstattung denn auch Mantra-artig vor, dass der Bund kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem habe. Die ergriffenen Massnahmen seien eine Notwendigkeit, um das ungebremste Ausgabenwachstum zu steigern. Sparen ist also in dieser Erzählung kein politischer Entscheid, sondern eine technische Notwendigkeit.

Der rechtsdominierte Bundesrat greift für diesen Angriff auf weitere etablierte Taktiken aus dem letzten Jahrzehnt zurück: Die Vorschläge wurden von einer Expert:innengruppe ausgearbeitet. Das knüpft an die Tradition von «technokratischem» Abbau und Sparpolitik (Austerität) an. Die Expert:innengruppe erhielt vom Bundesrat den Auftrag die Ausgaben des Bundes nach Kriterien von Effizienz und Zuständigkeitskonflikten zu durchleuchten und die Einnahmenseite tunlichst zu ignorieren. Das Resultat ist eine Palette von 70 Kürzungsvorschlägen. Das übertraf sogar den ursprünglichen Auftrag des Bundesrates um eine Milliarde.

Die Gruppe beinhaltet sparbereite Sozialdemokrat:innen, bekannte Ökonomen und den ehemaligen Direktor des Bauernverbandes. Vorsitz hat Serge Gaillard, der Ex-Generalsekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Mit dieser Auswahl sollen politisch relevante Gruppen wie die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie oder der Bauernverband möglichst gut kalkuliert eingebunden werden. Durch das Insider:innenwissen der Mitglieder der Expert:innengruppe kann so möglichst gut eingeschätzt werden, wie stark die Sparvorschläge schmerzen dürfen.

Ein zentraler Grundsatz ist die «Opfersymmetrie» der Kürzungen: Es sollen möglichst viele verschiedene Bereiche getroffen werden – so wird es zumindest kommuniziert. Damit wollen die Kürzer:innen vermeiden, dass eine überproportional betroffene Gruppe das Referendum ergreift. Auch die ideologische Botschaft, dass alle ihren Teil beitragen müssen, gehört zur Strategie. Das Resultat sind «Entlastungsvorschläge», die mittels mehr «Effizienz» und «Entflechtung» den «ausufernden» Ausgaben etwas entgegenzusetzen sollen. Eine weitere Taktik ist das partizipative Sparen in der Verwaltung selbst. Die Departementsleitungen können sich damit bei ihren politischen Vorgesetzten als verantwortungsvolle Führungspersonen hervortun, indem sie möglichst «gute» Vorschläge machen. Aus den Vorschlägen der Expert:innen hat der Bundesrat nun fast alle übernommen und ein Paket von 60 Massnahmen in die Vernehmlassung geschickt. Auch das eine Taktik, um die Sparübung möglichst als ganzes Paket durchzubringen.

Service Public kommt unter die Räder

Die Anzahl Kürzungsmassnahmen mag umfangreich sein, die grossen Posten betreffen jedoch fast ausschliesslich die Bereiche Soziales, Umwelt, Bildung



Sparschweine unter sich

und Verkehr: Bei der Integration von Geflüchteten soll durch die Kürzung der Laufzeit von Bundesbeiträgen bis 2030 eine halbe Milliarde gespart werden. Neben der Kürzung wird gleich noch der Druck erhöht, indem die Leistungen noch stärker als ohnehin schon auf die ökonomische Verwertung («Integration ins Erwerbsleben») ausgerichtet werden. Die Mittel der internationalen Entwicklungszusammenarbeit werden, trotz globaler Not, auf dem jetzigen Stand eingefroren. Die Studiengebühren an Unis, Fachhochschulen und ETH werden verdoppelt, die Beiträge an Auslandssemester gekürzt. Die Expert:innen meinen dazu lapidar, dass es ohnehin jetzt schon möglich sei neben dem Studium zu arbeiten.

Auch in der Klimapolitik wird gespart: Die Subventionen als Teil des Klima- und Innovationsgesetzes, das im Jahr 2023 angenommen wurde, werden schon vor der Einführung des Gesetzes im Januar 2025 wieder ausgehöhlt. Damit sollen 400 Mio. Fr. gespart werden. Auch weitere Bundesbeiträge an den ökologischen Umbau der Wirtschaft fallen weg, so z.B. bei Modellprojekten oder der Förderung von alternativen Antriebstechnologien für Busse und Schiffe. Alleine in der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs werden 200 Mio. Fr. gespart, die schon beschlossene Finanzierung von Nachtzügen umgehend wieder gestrichen, die Subventionen des ÖVs in den Randregionen abgebaut. Auch Strassen werden weniger finanziert, die Kürzungen betragen jedoch nur die Hälfte derjenigen des öffentlichen Verkehrs.

Im Sozialbereich wird wieder emsig an der Sabotage der AHV gearbeitet, indem die Bundesbeiträge an die AHV neu nicht mehr an deren effektivem Kostenwachstum, sondern an der Wirtschaftsentwicklung bemessen werden. Im Expert:innenbericht wird schon orakelt, was das bis 2030 bedeuten könnte: Eine zusätzliche Finanzierung oder aber ein weiterer Angriff aufs Rentenalter. Auch der Gesundheitsbereich wird mit dem neuen Instrument der Kostenbremse noch stärker in den Fokus genommen. Auch wenn die entsprechende Volksinitiative der Mitte abgelehnt wurde, kann der Bund nun dank dem indirekten Gegenvorschlag selber Sparziele definieren. Die Prämienverbilligungen werden neu an die Vorgaben der Sparziele und nicht mehr an die effektiven Kosten geknüpft – sprich zukünftig gekürzt. Der grösste Sparposten betrifft jedoch die Bundesfinanzierung für die Kitas, die vor wenigen Jahren im Parlament durchgebracht wurde, um die mangelhafte Unterstützung durch die Kantone zu kompensieren. Nun wird die gesamte Finanzierung durch den Bund gestrichen. Dies macht insgesamt rund einen Fünftel des gesamten Sparpakets aus.

Sparen ist Klassenkampf von oben

Politisch gesehen ist es ein massiver Angriff auf die historisch erkämpften oder zugestandenen Aufgaben des Staates. Es trifft insbesondere öffentliche Dienste wie den Sozialbereich, Bildung, Infrastruktur, sowie die Klimapolitik. Zudem ist es eine Umverteilung zur Armee. Nur wenige Monate lagen zwischen den fast identisch hohen, zusätzlichen Finanzen für die Armee und dem Sparpaket. Der Bundesrat nahm die Armee sogar explizit vom Sparpaket aus, trotz Vorschlägen der Expert:innengruppe.

Das Sparpaket ist Produkt des Bündnisses zwischen konservativ-reaktionären und wirtschaftsliberalen Kräften – dem politischen Gesicht des Klassenkampfes von oben in der Schweiz. Kapital, Besitzende und ihre politischen Advokaten scheinen je länger, je weniger gewillt, die historischen Zugeständnisse zur sozialen Befriedung zu leisten. Stattdessen rüstet sich der Staat in der verschärften internationalen Konkurrenzsituation für den Krieg.

Erst wurde trotz vagen Plänen massiv Geld für die Armee bewilligt, dann erfolgreich verhindert, dass die Aufrüstung ausserhalb des regulären Bundesbudgets finanziert wurde. Daraufhin wurde die Sparlogik erneut mittels Schuldenbremse durchgesetzt. Schliesslich wurde der Sicherheitsbereich vom Sparprogramm ausgenommen, während gleichzeitig verhindert wurde, dass es Umverteilung in Form von Steuererhöhungen gibt. Der Bundesrat verzichtete zum Beispiel auf die Einführung einer nationalen Grundstücksgewinnsteuer, die alleine ein Potenzial von einer Milliarde Franken, also einem Viertel des Sparpakets, gehabt hätte.

Viele Kürzungen werden ihre Wirkung erst über die Zeit hinweg entfalten. Bei anderen Massnahmen sollen Zuständigkeitskonflikte zwischen Bund und Kantonen bereinigt werden – sprich die Verantwortung wird, wie im Kitabereich, wieder auf die Kantone geschoben. Dass diese die Lücken füllen können und wollen, darf bezweifelt werden. Ob das Kalkül aufgeht, das Paket die Abstimmungen im Parlament und ein allfälliges Referendum überlebt, wird sich ab dem ersten Halbjahr 2025 zeigen. Etwas Zuversicht liegt zumindest darin, dass die kalkulierte «Opfersymmetrie» viele Betroffene erzeugt. Das hat je nach Verlauf auch das Potenzial, vereinigend und mobilisierend zu wirken. Damit liesse sich an die Tradition der Anti-Austeritäts-Mobilisierungen anknüpfen.

ZÜRICH

Wem sini Plätz?

Ausgehend vom kürzlich besetzten «Kreis 13» auf der Kasernenwiese schauen wir zurück auf Zürichs Geschichte von Platzbesetzungen und deren Bedeutung für den Kampf um die Stadt.

(agj) Am 20. bis 21. September besetzten Aktivist_innen die Kasernenwiese in Zürich und riefen den «Kreis 13» aus. Während zwei Tagen bot der Platz eine Infrastruktur mit Bühnen, Kinzelt, einer Küche für Alle, Bars, Konzerte, Party, Kunst, Spiele, Pyrotechnik und generell einen Raum, um zusammenzukommen. Im Zentrum standen, neben Infotelten und Siebdruck, vielfältige Politveranstaltungen. Für den Ausdruck nach aussen sorgte ein kollektiver Einsatz zur farblichen Verschönerung des zwischengenutzten Hauses von Projekt Interim, gegenüber an der Zeughausstrasse.

«Dieses Areal und das Quartier stehen exemplarisch für Gentrifizierungsprozesse», schreiben die Besetzer_innen im Communiqué, in welchem sie die Geschichte des Kreis 4 nachzeichnen. «Nachdem die Arbeiter_innen Mitte des 19. Jahrhunderts trotz tobenden Widerstands aus dem Kreis 1 verdrängt wurden, wurde Aussersihl zum neuen Zürcher Arbeiter_innen-Quartier», so beginnt die Geschichte im Kreis 13-Communiqué. Verbunden ist sie mit einer legendären Platzbesetzung: 1892 versammelten sich die Verdrängten vom plattgemachten Kratzquartier zum letzten Mal auf dem Kratzplatz, nahe dem heutigen Bürkliplatz im Kreis 1, um dort mit dem historisch proletarischen Sechseläutenfeuer gegen die Bürgerlichen zu protestieren (s. Aufbau-Zeitung Nr. 117).

Neben der sich ausbreitenden Aufwertung und Verdrängung in Zürich seit Beginn des 21. Jahrhunderts liegt aber auch eine Geschichte von Kämpfen gegen kapitalistische Stadtentwicklung. Der Kreis 13 reiht sich ein in eine Reihe ähnlicher subkultureller Platzbesetzungen ein, die der Stadt seit Jahrzehnten, immer wieder an einem anderen Ort, für ein Wochenende oder länger, von unten Leben einhauchen.

Vom Arbeitskampf zum Kampf um Freiraum: Platzbesetzungen in Zürich im Wandel der Zeit

Die Geschichte der Platzbesetzungen in Zürich zeigt, wie der Kampf um Freiräume, soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt über die Jahrzehnte immer wieder neue Formen angenommen hat. Vom Kampf um Territorium und spontanen Partys in der Gegenwart bis hin zu Arbeitskämpfen und Protesten im 19. Jahrhundert spiegelt sich darin eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

Freiräume und soziale Teilhabe (2010er-Jahre)

Die 2010er-Jahre stehen im Zeichen einer neuen Generation von Bewegungen, die Freiräume einfordert. Savage-Partys, spontane Besetzungen von Plätzen wie etwa der «Parc sans Frontières» auf dem Platzspitz, der auf die Zwangsmassnahmen im Asylbereich aufmerksam machen sollte, sowie einen repressionsfreien Raum als Gegenstück zur staatlichen Repression bilden, verdeutlichen den Wunsch nach Begegnungsorten jenseits von Zwängen. Diese zwar im Vergleich mit vorherigen Besetzungen weniger konfrontativen Aktionen unterstreichen dennoch, dass Kämpfe um Räume in dieser Stadt unverzichtbar sind.



Repressionsfreier Raum Parc sans Frontières 2018

Die Rückkehr der Brachen (2000er-Jahre)

Mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts richtete sich der Fokus der Besetzungsbewegungen auf die noch vorhandenen Freiflächen. Die Besetzung der Hardturmbrache, Protest gegen die Kommerzialisierung des Fussballs,

ist nur ein Beispiel. Die Occupy Paradeplatz-Bewegung rückte den Paradeplatz als Symbol des globalen Finanzkapitalismus in den Fokus. Bewegungen wie «Danslieu» oder «Shantytown» boten Plattformen für subkulturelle Aktivitäten und protestierten gegen die Verdrängung der Subkultur aus öffentlichen Räumen. Sämtliche Aktionen wiesen einen aktuellen, politischen Hintergrund auf: Bei «Shantytown» war es der Wegweisungsartikel, bei «Danslieu» die Revision des Ausländer- und Asylgesetzes. Gemeinsam war die Kritik am Verschwinden von Freiraum und günstigem Wohnraum.



Barackendorf Shantytown Zürich 2005

Von der Drogenszene zum Kulturraum (1980er und 1990er-Jahre)

Die 1980er und 1990er-Jahre waren von Gegensätzen geprägt. Während der Platzspitz als «Needle Park» weltweit zum Symbol für die offene Drogenszene wurde, entwickelten sich in Projekten wie «Chaotikon» oder «Chaotikon II» neue Freiräume. Sie trugen dazu bei, alternative Wohn- und Lebensmodelle zu erproben und machten gleichzeitig auf die Verdrängung einkommensschwacher Gruppen aus der Innenstadt aufmerksam. Sogleich eskalierte die Repression durch die Staatsmacht, die mit Polizeigewalt versuchte, die Bewegung auf den Straßen zu zerschlagen. Die Niederschlagung von Demonstrationen und die Schließung alternativer Zentren wie des Autonomen Jugendzentrum (AJZ) verdeutlichen den tiefen Konflikt zwischen bürgerlicher Ordnungspolitik und den Forderungen nach mehr Freiräumen.



Pfahlbausiedlung Neu-Chaotikon Mai 1981

Von der Wohnungsnot zur Besetzungsbewegung (1960er- bis 1980er-Jahre)

Die Umwälzungen der 1960er- und 1970er-Jahre bereiteten den Weg für die Besetzungsbewegungen der 1980er-Jahre. Während in den 1960er-Jahren Proteste gegen autoritäre Strukturen, soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung dominierten, rückte in den 1970er-Jahren die Wohnungsnot in den Fokus. Steigende Mieten und die Verdrängung aus der Innenstadt führten zu ersten Besetzungen, die den Mangel an Wohnraum und die einseitige Stadtplanung kritisierten. 1970 wurde der Lindenhofbunker besetzt und die «Autonome Republik Bunker», als ein Territorium ausserhalb der kapitalistischen Gesellschaft, gegründet.

Diese Entwicklungen mündeten in der Besetzung des AJZ in den 1980er-Jahren. Mit dem AJZ entstand nicht nur ein Ort für politische und kulturelle Selbstorganisation, sondern auch ein Symbol des Widerstands gegen die Vereinnahmung städtischer Freiräume durch kommerzielle Interessen. Diese Bewegung fand über Zürich hinaus Resonanz und inspirierte Aktionen in anderen europäischen Städten.

Politischer Protest und wachsende Spannungen (1870er- bis 1950er-Jahre)

Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Auseinandersetzung um öffentliche Räume in Zürich von Beginn an eng mit dem Kampf um Territorium verknüpft war. In den 1870er-Jahren führten die städtischen Bauprojekte zur Verdrängung der Arbeiter_innen aus dem Stadtzentrum, wobei der Kratzplatz 1892 zum Schauplatz eines symbolischen Protests gegen die bürgerliche Dominanz wurde.

Mit der Industrialisierung verschärften sich soziale Spannungen. Der Generalstreik von 1918 führte zu Besetzungen zentraler Plätze wie des Paradeplatzes, bei denen Arbeiter_innen bessere Arbeitsbedingungen, gerechtere Löhne und politische Mitspracherechte forderten.

Die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre verstärkte soziale Missstände in Zürich. Protestierende besetzten wiederholt den Helvetiaplatz, um auf Arbeitslosigkeit und Armut aufmerksam zu machen. Nach dem Zweiten Weltkrieg richteten sich die Proteste zunehmend gegen die Kommerzialisierung des urbanen Raums. Obwohl Platzbesetzungen in den 1950er-Jahren selten waren, entwickelten sich in dieser Zeit erste Initiativen, die für den Erhalt öffentlicher Freiräume plädierten – ein Thema, das die Bewegungen der folgenden Jahrzehnte prägen sollte.



Letzte Demo auf dem Kratzplatz, Kratzfeuer 1882

Ein roter Faden des Widerstands

Von der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert über die Jugend- und Umweltbewegungen des 20. Jahrhunderts bis hin zu den Freiraumforderungen und dem Kampf ums Territorium der Gegenwart ziehen sich die Themen sozialer Gerechtigkeit, kultureller Vielfalt und der Zugang zu öffentlichem Raum wie ein roter Faden durch die Zürcher Besetzungsgeschichte. Jede Epoche brachte ihre Herausforderungen und Antworten hervor, doch das zentrale Anliegen blieb gleich: Die Stadt zu einem Ort zu machen, der für alle zugänglich ist – nicht nur für wenige.

Klassenkampf ums Territorium

Die Geschichte von Zürichs Platzbesetzungen zeigt, dass sie ein Mittel im Klassenkampf um Territorium sind. Die Aufbau-Veranstaltung im Kreis 13 stellte das Konzept vor: Das Territorium ist ein umkämpfter geografischer und sozialer Raum wie z.B. der Kreis 4. Beide Klassen versuchen, das Territorium möglichst nach ihren Interessen zu gestalten. Der Stempel der herrschenden Klasse ist dominant, wie sich u.a. an der Gentrifizierung zeigt. Jedoch ist die Beherrschung nie absolut, sondern es liegt an uns zu versuchen, die Kräfte im Territorium zu unseren Gunsten zu verschieben.

Platzbesetzungen sind dabei eine vorübergehende Wiederaneignung des Raumes und zeigen: Eine andere Stadt ist möglich. Denn sie existiert bereits: «An diesem Wochenende, an diesem Ort, wo wir revolutionären Herzens Ideen austauschen, uns informieren, organisieren und verbünden können», schreiben die Kreis 13-Besetzer_innen. Bei den Platzbesetzungen kommen verschiedenen Teile der politischen Widerstandsbewegung aber auch tausende Menschen aus der Stadt zusammen. Gegenmacht bauen wir sowohl räumlich als auch sozial auf. Damit uns dies gelingt, müssen wir das Territorium gut kennen und in ihm verankert sein. Der öffentliche Raum und die Kämpfe darum haben für uns strategische Bedeutung. Die Geschichte des Kreis 4 zeigt, wie dynamisch sich das Territorium, die Kräfteverhältnisse und die Widersprüche darin entwickeln, und der Kreis 13 ist eine Aufforderung, die Kaserne, Aussersihl und das gesamte Territorium gemäss unseren Interessen weiterhin zu prägen.



Panzerfahrt auf der Autobahn: PILUM 22 war die grösste Militärübung in der Schweiz seit den letzten 30 Jahren.

Fortsetzung von Seite 1

Er verzichtet auf einen Vorschlag möglicher Gegenmassnahmen und baut lieber auf eidgenössische Vernunft: «das Volk sei nicht mehr das von 1798, es walte nicht mehr die damalige Stimmung, jene Zustände, die den Boden zur Unzufriedenheit und Misstrauen, den Anlass zur Anzettelung gewalttätiger Ausbrüche darbieten.»

1861 publizierte Aymon de Gingins-La Sarraz das bis anhin detailreichste und umfassendste Konzept eines «Jagdkampfes». Dieser hätte beim gegnerischem Rückzug zum allgemeinen Volkskrieg eskalieren sollen. Der damalige Nationalrat und Oberst sah sich als «promoteur de l'idée d'une guerre insurrectionnelle» und forderte eine schweizweite Organisation von «corps de partisans» oder «compagnies franches». Diese Partisanenkörps, aufgestellt aus sechs bis zwölf Männer, sollten Anführer selber wählen, in ziviler Bekleidung kämpfen und mit Schiesswaffen sowie Blankwaffen ausgerüstet sein. Die genannten Verbände hätten lokal und autonom kämpfen, und mit der regulären Armee zusammenwirken sollen. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht von 1874 wurden sämtliche Verbände der Schweiz in die eidgenössische Armee integriert. Somit endet auch diese ideologisch-konstituierende Phase des Volkskriegs nach schweizerisch-bürgerlicher Vorstellung.

1914 versuchte der Bundesrat einen irregulären Kampf mit möglichst vielen Mitteln zu verhindern. Als Massnahme wurden Wehrfähige einbezogen, zusätzlich sollten alle private Waffen erfasst werden. Dafür gab es den Bundesratsbeschluss über die «Kontrolle der nichtdienstpflichtigen Vereinsschützen», die «Musterung der nichtmilitärdienstpflichtigen Schweizer und der Privatwaffen» sowie die Verordnung, in der alle «Schiessfertigen der Altersjahre 16–60» in den Landsturm eingeteilt wurden.

Durch die Felddienstordnung von 1927 wurde der «Kleinkrieg» als Taktik für die reguläre Armee gesehen. Zivile Kräfte werden für die Informationsbeschaffung benutzt. Die Passage: «Der Dienst des Kundschafters ist Dienst fürs Vaterland, sein Tod wird als Tod in der Schlacht bewertet.», regularisiert die genannten zivilen Kräfte postum.

1939 erliess der Bundesrat die «Weisungen an die Bevölkerung für den Kriegsfall». Es durften sich Freiwilligenkorps bilden für «spontane Volkserhebung beim Herannahen des Feindes». Diese Korps waren offen für Ausgediente, Untaugliche und Jungschützen und «nichtmilitärdienstpflichtige Mitglieder» von lokalen Schiessvereinen. Bis Kriegsende existierten 3000 Ortswehren mit 125'000 Mitglieder_innen. Die «Uniformierung» war die «eidgenössischen Armbinde» über der zivilen Kleidung. Die Aufgaben

waren: Verhinderung von Sabotage, Schutz kritischer Infrastrukturen, Beobachtung und Nachrichtenübermittlung. Am interessantesten für die revolutionäre Seite ist die Aufgabe «Abhaltung der Bevölkerung vom Kampf». Alle Tätigkeiten durften auch hier nur im Zusammenhang mit Kämpfen der regulären Truppen stattfinden.

Der Kleinkrieg für jedermann – der Blick dreht nach innen

Im kalten Kriegs heisst die Verteidigung «der kleine Krieg». Das Kommando bleibt beim Staat, vertreten durch das Armeekommando auf dem Feld und einer «Exilregierung». Die Rede von «versprengten Teilen» der Armee und offiziell kämpft die Zivilbevölkerung nicht mehr. Diese Regelung wurde vom Major Hans von Dach 1957 mit seinem Hauptwerk «Der totale Widerstand, Kleinkriegsanleitung für Jedermann» umgangen. Das Vorwort des Werkes richtet sich an «jede Schweizerin und jeden Schweizer, die freiheitsliebend sind, geflohene Kriegsgefangene, Arbeiter, Angestellte und Freierwerbende. Wir wollen ihnen zeigen, dass für diesen schlimmsten aller Fälle der Widerstand trotzdem nicht vergeblich sein, sondern zur ersten, zur gebieterischen Pflicht wird.» Das Szenario handelt von feindlicher Übermacht, besetzten Städten und zersprengter Armee. Interessanter als die Passagen zur Technik und zum Gebrauch der damaligen Kampfmittel sind die Zwischentexte. Unter dem Untertitel «Aufbau und Kampfführung der zivilen Widerstandsbewegung» heisst es: Kann die Kampfform des Kleinkriegs auch die «Innere Ordnung» des eigenen Staates gefährden? Auf die Frage antwortet der Autor unmissverständlich, dass die aktuelle politische Ordnung unter Feindbesetzung nicht bestehen bleibt und dass moderne Kriege «Weltanschauungskriege» sind. Die Bevölkerung bleibt weder verschont noch ausgeschlossen vom «Weltanschauungskrieg». Der Kampf der zivilen Widerstandsbewegung ergänzt auch den militärischen «Kleinkrieg» («Jagdkampf») der Armee. Die Grundlagen für den heutigen «hybriden Krieg» wurden somit gesetzt.

Die vermeintliche Ohrfeige für den «Totalen Widerstand» kommt 1974, als der Schweizer Generalstabschef es ablehnt, das Werk als reguläres Reglement einzuführen. Deutschland indiziert das Buch ab 1988. Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack durch einen Schwenker zur Geschichte der IE (Interventionseinheit) Skorpion der Stadtpolizei Zürich. Am 4. Juni 1973, ein Jahr bevor die Armee das Reglement verwarf, trafen sich 21 ausgesuchte Beamte der Stadtpolizei Zürich, weitere Beamte der Kantonspolizei Zürich und einzelne Beamte anderer Korps auf dem Waffenplatz Bern-Schönbühl. Es war der erste Kurs für Polizei-Spezialformationen in der Schweiz. Kursleiter war Major Hans

von Dach, und sein Buch wurde als Kurshandbuch benutzt. Die Skorpion passt ihre Lageeinschätzungen fortwährend an. Neu besitzt sie die Abteilung «Rural Areas», begründet durch die Einschätzung, dass der Gegner öfters eine militärische oder paramilitärische Ausbildung besitzt. Anfang 2024 wurde der «Zugriff im ÖPNV (Öffentlicher Personen Nahverkehr)» (Zürcher Trams) mit amerikanischen SWAT Teams trainiert. Der Blick hat sich endgültig nach innen gewendet.

Wie sieht heute ein feindlicher Angriff aus – PILUM 22

PILUM 22 war ein Grossmanöver 2022. Dafür wurde vor einigen Jahren ein sehr komplexes Szenario, als strategisches Fantasiekonstrukt, entwickelt. Die EU und die NATO sind zerbrochen. Die Schweiz wird von fiktiven Nachbarstaaten wie «Danubia», «Elbonia» oder «Volpodingen» bedroht. Das Setting ist einerseits sehr komplex ausgearbeitet und trotzdem sehr einfach im Wesen. Die Schweiz ist auf sich alleine gestellt. Der Konflikt spitzt sich speziell innerhalb eines dieser Fantasieländer zu und die Krise schwappt auf die Schweiz über. Darin bewegen sich gleichzeitig Bedrohungen und Gefahren auf strategischer, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene, die «am wahrscheinlichsten oder am gefährlichsten erscheinen» und sich in den letzten 10 Jahren verschärft haben. Diese Ebenen vermischen sich mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bei der Angriff- wie Verteidigungsseite. Es kommt zur Kriegsbedrohung, Anschlägen, Flüchtlingswellen von aussen und zusätzlicher Unruhen im inneren. Es vermischen sich militärische und paramilitärische Kräfte der Schweiz und «Elbonia» bei Kampfhandlungen auf Schweizer Territorium. Das Reglement «Taktische Führung 17» ist die Grundlage dafür: «Die Generation 17 der Führungsreglemente ist in der Militärdoktrin 17 der Operationsräume Boden, Luft, Elektromagnetischer Raum, Cyber-Raum, im Querschnittsbereich Nachrichtendienst und in den Grundlagen der zivil-militärischen Zusammenarbeit bei der Unterstützung der zivilen Behörden verankert.» Das Stichwort ist ZMZ (Zivil-Militärische Zusammenarbeit), sie verinnerlicht die Zusammenarbeit zwischen Armee, Paramilitär und Behörden zur Bewältigung der «ausserordentlichen Lage».

Seit den 1980er ist der Ruf stark nach einem Verbindungsoffiziere zu den zivilen Behörden wie Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz und technische Betriebe. Diese Stelle besetzt heute der KTVS (Kantonaler Territorialverbindungsstab) in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit. Wie dies zur Hybridisierung des Krieges führt wird im zweiten Teil analysiert.

IMPERIALISMUS

Durchmarsch bis zur Nato-Mitgliedschaft?



Schrittweise Annäherung an die Nato?

In den letzten Monaten wird von führenden Schweizer Politiker_innen immer unverblümter eine weitergehende Annäherung der Schweiz an die Nato gefordert. Nimmt es die offizielle Schweiz doch nicht so ernst mit ihrer vielbeschworenen so genannten Neutralität?

(gpw) Die Schweiz ist sowohl ökonomisch als auch militärisch eng mit den imperialistischen westlichen Ländern verbunden. Darüber gibt es wohl wenig Uneinigkeit. Doch interessant wird es, wenn es um die Zusammenarbeit mit der Nato geht. Da werden mit Verweis auf die geostrategischen Sicherheitsbedenken, insbesondere auf den Krieg in der Ukraine, gewisse bürgerlich definierte Grundprinzipien in Frage gestellt. Die sogenannte Neutralität (die es in einer bürgerlichen Klassengesellschaft nicht gibt) verbietet eine Mitgliedschaft im Militärbündnis. Die Schweiz will sich unter dem Deckmantel dieser Neutralität nicht direkt an einem Krieg zwischen Staaten beteiligen oder ein Militärbündnis eingehen, um sich ein Handel mit allen Staaten zu ermöglichen. Die politische Landschaft der offiziellen Schweiz ist zu diesem Thema gespalten. Während rechte und nationalistische Kräfte wie die SVP eine strikte Neutralitätspolitik verteidigen, sehen Parteien wie die FDP, Mitte, SP und Grüne eine verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Sicherheitsstrukturen als notwendig an. Bundesrätin Viola Amherd wünscht sich eine vermehrte Zusammenarbeit mit der Nato und die FDP fordert explizit eine engere Kooperation mit diesem Militärbündnis. Sie schreibt in einem Positionspapier: «Die Einsatzfähigkeit, insbesondere im Gefecht mit verbundenen Waffen, muss durch regelmässige Volltruppenübungen [...] gemeinsam mit der Nato sichergestellt werden.» Das Ziel ist klar.

Wie weit das Ziel tatsächlich erreichbar sein wird, hängt auch von den bürgerlichen Debatten über den Stellenwert dieser sogenannten Neutralität ab, die ihre Unantastbarkeit als zwingendes Element der Aussenpolitik offensichtlich verloren hat. Interessant ist dabei nicht die Auseinandersetzung um das Prinzip, sondern dass das von der Schweiz propagierte Wertesystem trotz vielen anderslautenden Beteuerungen immer mehr bröckelt. Von der bürgerlich definierten Neutralität zu reden und sich der Nato - in welcher Form auch immer - annähern zu wollen, ist heuchlerisch. Wie so oft, scheinen die Herrschenden darauf zu hoffen, dass die Schweiz in der europäischen Zusammenarbeit ein Sonderzügli fahren darf, um möglichst allseitig zu profitieren.

Ein weiter Weg – doch er wird kürzer

Nicht nur mit Worten und auf dem Papier wird von den Befürwortenden der Weg geebnet, sondern auch ganz real. Im April dieses Jahres sprach sich der Bundesrat dafür aus, dass die Schweiz Teil des Luftabwehrsystems «European Sky Shield Initiative» wird. Im August 2024 genehmigte der Bundesrat die Teilnahme an zwei Pesco-Projekten. Was wie ein feiner Drink klingt, hat es in sich: Die Projekte «Military Mobility» und «Cyber Ranges Federation» werden «die internationale Zusammenarbeit der Streitkräfte erweitern»,

heisst es in einer Medienmitteilung des VBS. Und sogleich wird nachgeschoben, dass dies der Verteidigung diene und im Einklang mit der Neutralität stehe. Das erste Projekt hat zum Ziel, «dank standardisierten administrativen Abläufen die militärische Mobilität auf dem europäischen Territorium zu vereinfachen.» Aufgrund der geografischen Lage der Schweiz, ist das für die Nato eine tolle Sache. Wenn schon keine Schweizer Soldaten den Krieg unterstützen, können die Truppen und deren Material wenigstens einfach transportiert werden. Da der Hauptgegner der Nato seit der Gründung und wieder verstärkt seit dem Krieg in der Ukraine, Russland ist, heisst das, dass durch die Schweiz schnell Truppen an die Ostfront verlegt werden können.

Das zweite Projekt bezieht sich auf das Internet. Die rechtliche Lage, wie sich die sogenannte Neutralität in Bezug auf das Internet verhält, ist nicht geklärt. Dies öffnet Tür und Tor für verschiedene Aktivitäten, die sich in einem Graubereich abspielen könnten.

Doch es kommt noch mehr: In einem Bericht des Bundesrats vom März 2023 heisst es unverblümt: «Die Teilnahme an Übungen soll weiter ausgebaut werden, indem in Zukunft eine Teilnahme an Nato-Übungen über die gesamte Bandbreite der Fähigkeiten in Betracht gezogen wird [...]». Na dann viel Spass! Der nächste Schritt ist sicher bereits in Planung.

Die Zahlen verschieben sich zugunsten der Nato

Leider erhält die Nato in der Schweizer Bevölkerung viel Zuspruch. Die Militärakademie der ETH Zürich und das Center for Security Studies führen jedes Jahr die Studie «Sicherheit» durch, in der sie die Schweizer Bevölkerung zu diesem Thema befragen. Die Studie zeigt: 53 Prozent sprechen für sich für eine Annäherung an die Nato aus. Im Zehnjahresdurchschnitt waren es jeweils nur 43 Prozent. 30 Prozent befürworten sogar einen Beitritt (23% im Zehnjahreschnitt). 72 Prozent wollen zusammen mit der Nato an militärisch nutzbaren Technologien arbeiten; 69 Prozent findet es sinnvoll auf Waffensysteme zu setzen, die mit der Nato kompatibel sind.

Bisher gab sich die Schweiz die Rolle, als Plattform für Austausch und Diplomatie zu wirken. Ein Ort, wo man sich für Verhandlungen treffen kann. Sollte es in Zukunft eine weitere Annäherung oder sogar eine Mitgliedschaft der Schweiz in der Nato geben, könnte sie diese «guten Dienste», wohl nicht mehr anbieten, was Widersprüche innerhalb der Politik erzeugt. Die Herrschenden müssen sich entscheiden, sich militärisch vollends zu integrieren oder im Hintergrund weiter abzusahnen. Selbst wenn die Gegner einer zu grossen Nähe an die Nato sich durchsetzen, soll in jedem Fall die Armee hochgerüstet werden. Geplant ist eine deutliche Erhöhung der Militärausgaben. Sparen will man dabei etwa bei der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit, bei den Kantonen oder durch Steuererhöhungen bei der Bundessteuer. Was im Vorfeld der Abstimmung zur 13. AHV-Rente vehement abgelehnt wurde, scheint für die Militärausgaben ohne Weiteres möglich.

KOMMENTAR

(gpw) Ein Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln (Clausewitz). Man kann militärische Strukturen und die Sicherheitspolitik einer Regierung nicht losgelöst von der Ideologie und Politik der herrschenden Klasse begreifen, beispielsweise, wenn sie jedes Mittel ungeachtet von Verlusten einsetzt, um ihre Privilegien zu schützen und Profite zu machen. Gleiches gilt, wenn revolutionäre Kräfte gegen ihre Unterdrücker_innen alle Mittel des revolutionären Krieges einsetzen müssen, um eine Veränderung der herrschenden Gesellschaftsordnung herbeizuführen.

Auch in den hiesigen innerbourgeois Widersprüchen kommt diese Erkenntnis zum Ausdruck, wenn die rechtskonservativen national orientierten Kräfte, die eine Annäherung an die EU ablehnen, sich auch militärisch auf die eigenen Kräfte verlassen wollen, wie es im Szenario PILUM 22 (s. Artikel S. 1 und 6) zum Ausdruck kommt, während jene Positionen, die eher das internationale Kapital vertreten und sich der EU annähern wollen, um von den geopolitischen Spannungen und Kriegen möglichst viel zu profitieren, Amherds Plan befürworten.

Für die Annäherung an die NATO scheint es in der Bevölkerung zunehmend eine Mehrheit zu geben, was angesichts der ökologischen und ökonomischen Krisen, geopolitischen Spannungen und Kriegen nicht verwundert. Die Interessen der Befürworter_innen dürften dabei weniger winkende Profite etwa der Rüstungsindustrie sein, - diese können sich nur wenige aneignen -, sondern die Besorgnis, sich gegen diese Krisen nicht genügend verteidigen zu können.

Nur werden sich diese Krisen im Kapitalismus nie auflösen. Die Ausbeutung von Mensch und Natur schafft permanent ein derart grosses Ungleichgewicht, dass die erhoffte existenzielle Sicherheit sich nicht einstellen wird. Der Genozid in Gaza, die Angriffe des faschistischen türkischen Regimes gegen die Kurd_innen oder die Unterdrückung von Frauen und LGBTQIA+ im Iran und Afghanistan sind nur einige aktuelle, verstörende Beispiele, nebst alltäglichen auch bei uns. Wie prekäre Arbeitsverhältnisse oder zu geringe Mittel für Krankenkassenprämien und Mieten. Hinweise darauf, dass die Herrschenden keine Abhilfe schaffen und die Unterdrückten sich selber befreien müssen.

Wir sollten uns deshalb immer wieder überlegen, wie es uns gelingen kann, jene Kräfte für den Kampf für eine revolutionäre Veränderung zu gewinnen, die - wie vielleicht ein Teil jener 43%, welcher sich nicht der NATO annähern will - den Antagonismus zwischen der Politik der Herrschenden, inkl. ihrer Kriege und einer existenzsichernden bedürfnisorientierten Gesellschaft erkennen und am bestehenden Kräfteverhältnis rütteln wollen.

In diesem Sinn steht die Parole «Krieg dem Krieg» wie sie in der politischen Widerstandsbewegung als Antwort auf die Kriege und Kriegstendenzen der Herrschenden formuliert wird, für die klare Ansage, dass dem herrschenden System eine revolutionäre Perspektive entgegensetzen ist und wir als realistischer Schritt alles daran setzen sollten, (organisiertes) Bewusstsein gegen diese Kriege und deren Verursacher_innen zu schaffen.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

LIBANON

Revolutionäre Solidarität mit dem Widerstand gegen Imperialismus und Zionismus!

Unter diesem Titel wurde eine Kampagne in Solidarität mit der Popular Democratic Party (PDP, Demokratische Volkspartei) im Libanon ins Leben gerufen. Es folgt der Aufruf zur Kampagne sowie ein Ausschnitt aus einem Gespräch mit dem Generalsekretär Hashisho.

(agkk) Seit der Gegenoffensive des palästinensischen Widerstands am 7. Oktober 2023 führt der zionistische Staat einen schrecklichen Genozid im Gazastreifen durch, der Zehntausende Opfer fordert, Millionen von Menschen vertreibt und fast die gesamte Infrastruktur der Enklave zerstört. Er sieht sich dem unerbittlichen Widerstand eines ganzen Volkes gegenüber, das gegen diesen Völkermord und mehr als 76 Jahre zionistischer Besiedlung auf seinem Land, Palästina, kämpft.

Aber dieser Kampf betrifft die gesamte arabische Welt, da Israel nichts anderes als ein Aussenposten des westlichen Imperialismus in der Region ist. Deshalb unterstützt der libanesische Widerstand Gaza, indem er das zionistische Regime an seiner Grenze zum besetzten Palästina konfrontiert, im Bewusstsein, dass es nichts anderes als ein Instrument für Krieg, Expansionismus und imperialistische Herrschaft ist. In letzter Zeit hat der zionistische Staat seine Luftangriffe und Terroranschläge verstärkt, bei denen Hunderte getötet, Tausende verwundet und Hunderttausende vertrieben wurden. Die südlichen Regionen wurden schwer getroffen, ebenso wie das Bekaa-Tal, Beirut und das ganze Land. Deshalb ist es notwendiger denn je, den palästinensischen und libanesischen Widerstand an dieser Front zu unterstützen!

Dies ist besonders strategisch, da der Libanon die Heimat einer grossen Zahl palästinensischen Geflüchteten ist, die eine wichtige Rolle im Kampf um die Rückkehr in ihre vom Kolonialismus befreite Heimat gespielt haben und spielen müssen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die Kampagne, welche die Rote Hilfe Belgien, die Rote Hilfe Genf und die Rote Hilfe Toulouse in Solidarität mit der Popular Democratic Party (PDP) im Libanon gestartet haben. Es liegt in der Verantwortung der revolutionären Linken, den antiimperialistischen und antizionistischen Widerstand konsequent zu unterstützen. Wir betrachten den Kampf für die Befreiung Palästinas als integralen Bestandteil des globalen Kampfes für eine Zukunft frei von Kapitalismus, Faschismus und Imperialismus. Deshalb rufen wir dazu auf, die Arbeit der PDP direkt zu unterstützen, indem wir eine Kampagne zur Beschaffung von Mitteln für ihre sozialen Aktivitäten durchführen.

Es folgt der erste Teil, eines Gesprächs mit dem Genossen Hashisho der Popular Democratic Party, wo wir ihn baten, die Partei und ihre Positionen vorzustellen:

«Unsere Partei wurde 1972 als Produkt der internen Dynamik der revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen gegründet. Es gab damals viele Auseinandersetzungen um ideologische und strategische Linien. Das führte dazu, dass immer wieder Gruppen gegründet wurden, verschwanden oder sich zusammenschlossen. Unsere Partei resultierte aus der Analyse der Stärken und Schwächen bestehender Organisationen. Viele Kämpfe haben unser Denken genährt, doch wir haben uns als marxistisch-leninistisch definiert und tun dies auch heute noch. Wir haben aber keineswegs ein dogmatisches Politikverständnis. Wir versuchen, alle Veränderungen, die in der Welt stattfinden, zu analysieren.

Unsere Partei beteiligte sich an den verschiedenen Kämpfen, welche die libanesische Gesellschaft prägten. Wir kämpften an der Seite der Arbeiterschaft und Bauernschaft, waren in Arbeitskämpfen und Gewerkschaften aktiv und setzten uns für die Entwicklung einer autonomen Landwirtschaft ein. In den Vierteln der unteren Klassen haben wir vor allem während des «Bürgerkriegs» zum Aufbau von Volkskomitees beigetragen. Das Ergebnis ist eine Form der selbstorganisierten Volksmacht. In militärischer Hinsicht waren wir vor allem zurzeit des «Bürgerkriegs» sehr aktiv. Wir beteiligten uns am bewaffneten Kampf, auch gegen die zionistische Invasion. Wir sind vielleicht die einzige politische Partei, die während des Krieges zu den Waffen griff und diese bis heute nicht niedergelegt hat. Wir sind stolz darauf, dass wir gegen die zionistische Invasion, aber auch gegen das rassistische politische System



Genosse Hashisho bei einer Mobilisierung in Solidarität mit dem politischen Langzeitgefangenen Georges Ibrahim Abdalla in Saïda

im Libanon gekämpft haben. Leider war die libanesische Befreiungsbewegung nie vollständig revolutionär, sondern auch reformistisch geprägt.

Im Jahr 1982 kämpften wir gegen die israelische Invasion, wo immer wir waren. Während der Besatzung haben wir an allen Arten von Widerstandsoperationen teilgenommen, auch an der Seite des palästinensischen Widerstandes. Wir haben immer eine besondere partnerschaftliche Beziehung zum palästinensischen Widerstand gepflegt. Mit unseren Aktionen haben wir immer sowohl palästinensischen als auch libanesischen Märtyrer_innen Tribut gezollt. Andere libanesische nationale Befreiungsorganisationen profitierten von den Fähigkeiten und Erfahrungen der Palästinenser_innen, weigerten sich aber, sich wirklich mit ihnen im Kampf zu vereinen und stellten den nationalen Widerstand als eine libanesische Angelegenheit dar. Wir hingegen haben die Bedeutung des palästinensischen Kampfes auch im libanesischen Kontext immer anerkannt.

Anfang der 90er Jahre wurde die Libanesische Nationale Widerstandsfront¹ aus politischen Gründen aufgelöst, auch wenn viele Gruppierungen das Gegenteil behaupten. Wir haben stets versucht, diese anderen Gruppierungen, die den bewaffneten Kampf aufgegeben haben, von der Bedeutung und Machbarkeit des bewaffneten Kampfes zu überzeugen. Den letzten Versuch unternahmen wir während des Krieges im Jahr 2006, als die Voraussetzungen für eine Wiedergründung der Nationalen Widerstandsfront aufgrund der Zunahme des allgemeinen Widerstands günstig waren. Zu dieser Zeit fand ein offener Krieg gegen den zionistischen Feind statt. Die Volksmassen im Libanon und in der arabischen Welt standen fest auf der Seite des libanesischen Widerstands. Es war eine wichtige historische Periode, aber der revolutionären Linken ist es nicht gelungen, sich in einer Front zu vereinen.

Dass es unserer Partei gelungen ist, ihre Arbeit von der Gründung bis zum heutigen Tag fortzusetzen, liegt unserer Meinung nach vor allem daran, dass wir an den organisatorischen und politischen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus festhalten. Wir haben auch immer darauf geachtet, die ideologische und politische Einheit innerhalb der Partei zu wahren. Gleichzeitig versuchen wir, die Veränderungen um uns herum zu analysieren und uns ihnen anzupassen.

Die Partei arbeitet auf zwei strategischen Hauptachsen, die eng miteinander verbunden sind:

- die nationale Befreiung von kolonialem Einfluss und von den Aggressionen des westlichen Imperialismus
- der Kampf gegen das rassistische und sektierische politische System im Libanon, um einen sozialen Wandel voranzutreiben

Heute gibt es nur noch wenige libanesische kommunistische Organisationen, die den Kampf für die nationale Befreiung mit dem Klassenkampf für eine befreite Gesellschaft verbinden. Die beiden Kämpfe sind aber eng miteinander verbunden, denn das libanesische Regime ist eine Marionettenregierung, wie auch viele andere Regime in der Region. In der arabischen Welt werden viele Staaten von einer Kompradorenbourgeoisie beherrscht. Sie plündern die Region aus, ohne die Produktion zu entwickeln. Diese Regime dienen dem Imperialismus und der Imperialismus schützt sie. Deshalb ist es wichtig, den Kampf für die nationale Befreiung mit dem Kampf für den Sozialismus zu verbinden.

Auf nationaler Ebene, hier im Libanon, ist die palästinensische Sache zentral. Wir haben uns immer mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln am Kampf für die Befreiung Palästinas beteiligt. Diese Partnerschaft, vor allem mit der revolutionären palästinensischen Bewegung, wurde mit Blut und jahrelanger gemeinsamer Praxis aufgebaut. Unsere Position ist klar: Palästina muss durch den bewaffneten Kampf, durch revolutionäre Gewalt, vom Fluss bis zum Meer befreit werden. Unsere Partei bildet sich ständig weiter und bereitet sich darauf vor, sich an diesem Kampf zu beteiligen.

Die Mitglieder unserer Partei kommen hauptsächlich aus der Arbeiter_innenklasse. Die meisten von uns haben sich innerhalb der Partei gebildet. Ich selbst war Analphabet, bevor ich der Organisation beitrug, so wie viele andere Mitglieder auch. Dieser Klassenhintergrund hat eine starke interne Einheit geschaffen. Die Positionen in den Parteistrukturen stehen allen offen, was unsere Kader ermutigt, sich zu engagieren und eine lebendige Dynamik fördert.»

Fortsetzung folgt in der nächsten Aufbau Zeitung.

¹ Diese wurde im Jahr 1982 am ersten Tag der zionistischen Invasion in den Libanon mit einem Aufruf zum bewaffneten Widerstand gegründet.

BUDAPEST-KOMPLEX

Zur Repression gegen militanten Antifaschismus

Der Budapest-Komplex ist beispielhaft für die scharfe Repression gegen den militanten Antifaschismus. Folgend ein Überblick über die Geschehnisse und das Vorgehen des Repressionsapparats.

(agaf) Der Fall begann 2023 mit einem Angriff auf Faschist_innen, kurz vor dem Tag der Ehre. Dieser findet jährlich am 11. Februar in Budapest statt. Dabei handelt es sich um eine Gedenkveranstaltung für Soldaten, die 1945 in der Schlacht um Budapest getötet wurden. Besonders wird dabei der Freiwilligenverband der Waffen-SS (Ungarische Legion der Waffen-SS) geehrt. Organisiert wird der Aufmarsch durch den ungarischen Ableger von Blood and Honour und die Legion Hungaria. Der Tag zieht Faschist_innen aus ganz Europa an. Seit wenigen Jahren gibt es Gegenmobilisierungen, zu denen Antifaschist_innen aus verschiedenen Ländern anreisen.

Kurz nach den Angriffen gründeten die ungarischen Behörden eine Sonderkommission. Innerhalb von zwei Tagen zählte sie 40 Polizist_innen. Ihr Auftrag: die Antifaschist_innen jagen. Bald gab es schon die ersten Öffentlichkeitsfahndungen und Festnahmen. Da Budapest enorm viele Kameras hat, konnte schnell ermittelt werden, dass auch deutsche Staatsbürger_innen involviert waren. Die Zusammenarbeit der ungarischen mit den deutschen Behörden wurde in der Folge vertieft. Deutschland eröffnete rasch ein Spiegelverfahren, das ihnen ermöglichte gegen die Gesuchten unter dem Vorwurf der «kriminellen Vereinigung» zu ermitteln, ohne dass die spezifische Straftat eine Rolle spielte, gestützt auf den Paragraphen 129. Ein solches Verfahren kann in Deutschland vergleichsweise einfach eröffnet werden und verschafft den Repressionsbehörden fast schon grenzenlose Möglichkeiten.

Zu Beginn stand in Ungarn der Tatvorwurf «Angriffe gegen eine schützenswerte Gemeinschaft» im Raum. Ein Paragraf, der zum Schutz von Minderheiten wie Sinti und Roma eingeführt wurde. Kurz darauf wurden jedoch andere Tatvorwürfe, wie «Unterstützung einer kriminellen Organisation», «Körperverletzung», «schwere Körperverletzung» und auch «Körperverletzung mit Tötungsversuch» erhoben.

In Deutschland liegen die Ermittlungen bei der SoKo Linx, die 2019 für die Verfahren im Antifa-Ost-Komplex einberufen wurde. Auch bei Bundes- und Staatsanwaltschaft war mehrheitlich dasselbe Personal zuständig. Auf die Angriffe in Budapest folgte in Deutschland die grösste Öffentlichkeitsfahndung gegen Linke seit der Repression gegen die RAF. Mehr als 20 Hausdurchsuchungen wurden bei Beschuldigten und potenziellen Unterstützer_innen durchgeführt. Die Telekommunikation wurde massiv überwacht und aufwendige Observationen gegen Beschuldigte und deren Umfeld durchgeführt. Bei letzterem kam es auch zu vielen Anquatschversuchen seitens des Verfassungsschutzes.

Inzwischen gab es mehrere Verhaftungen in verschiedenen Ländern, darunter auch Maja in Deutschland. Die Bundesanwaltschaft wollte ihr zuerst versuchten Mord anhängen. Dies wurde aber vom Bundesgerichtshof abgelehnt. Deutschland stimmte dann dem Auslieferungsantrag aus Ungarn zu und führte diesen in einer Nacht und Nebel Aktion durch. Dieses Vorgehen wurde mit befürchteten Störaktionen begründet, obwohl dafür keinerlei Hinweise vorlagen. Während Maja und ihre Anwält_innen nur knapp 24 Stunden vor ihrer Auslieferung informiert wurden, plante die SoKo Linx diese schon seit zwei Wochen. Das Bundesverfassungsgericht hat Majas Auslieferung inzwischen für rechtswidrig erklärt.

Erst kürzlich, im November 2024, kam es zu weiteren Verhaftungen. In Deutschland traf es Johann G., der wie auch andere ebenfalls im Antifa-Ost-Verfahren angeklagt ist. Auf ihn hatte die Bundesanwaltschaft 10'000 Euro Kopfgeld ausgesetzt. In Frankreich wurde Gino verhaftet. Die Jagd ist also noch nicht vorbei. Es sind noch immer einige untergetaucht. Allen verfolgten Antifaschist_innen wünschen wir an dieser Stelle viel Glück und Freiheit.

Gerade in einer Zeit, in der sich die Krise des Kapitalismus verschärft und faschistische Tendenzen stärker werden, versucht der Staat den militanten Antifaschismus mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dafür wird der Repressionsapparat ausgebaut und seine Befugnisse ausgeweitet. Die bestehende Gesetzgebung wird härter angewendet und mit Medienhetze wird ein repressives gesellschaftliches Klima erzeugt. Während sich die Klassenwidersprüche verschärfen, bereitet sich der bürgerliche Staat auf zukünftige soziale Verwerfungen vor. Als Grundlage dient den deutschen Behörden oftmals der Paragraph 129, der seit den bewaffneten Aufbrüchen in den 1970er Jahren breit gegen revolutionäre Strukturen angewandt wird. So kam er auch nach den militanten Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg bei den gross angelegten Ermittlungen gegen den Roten Aufbau Hamburg zum Einsatz, aber auch bei der Verfolgung von Genoss_innen des palästinensischen Gefangenennetzwerks Samidoun oder gegen türkische und kurdische Genoss_innen.

Lassen wir uns von diesem Repressionsapparat nicht unterkriegen, leisten wir gemeinsam Widerstand und schöpfen wir Stärke aus der Solidarität - ob im Kampf gegen Faschist_innen oder dem bürgerlichen Staat.

TOURISTIFICATION

Von easyHotels in Wohnquartieren zu geklauten Schlüsselboxen

Der Massentourismus in Europa führt zu sozialen und ökologischen Problemen. Der Kapitalismus hat darauf keine Antworten. Die Städte bleiben widerständig!

(agi) An vielen Orten geht der Tourismus auf Kosten der ansässigen Bevölkerung und der Natur und stösst an seine Grenzen: ob Skitourismus, Viral-Spots in der Natur oder Städtetourismus. In der Schweiz haben sich die Airbnb-Unterkünfte in den letzten fünf Jahren um ein Drittel vervielfacht. Auch in Zürich gibt es immer mehr Kaffees, Bäckereien und Restaurants, um den Bedürfnissen der Tourist entgegenzukommen und easy-Hotels tauchen in verschiedensten «hippen» Wohnquartieren auf. Was in Zürich im kleinen festzustellen ist, geschieht global als Massenphänomen. Die Auswirkungen des Massentourismus sind zunehmend politisierend und vor allem in Städten Gegenstand von Protest.

Tourismus im Wandel

Ganz generell hat sich der Tourismus in den letzten 50 Jahren stark verändert. Im Tourismus wurde eine gesteigerte Profitmöglichkeit entdeckt und schnell wurde es zu einem wichtigen Teil der Wirtschaft, der von den Reisefirmen, Flugunternehmen und Hotel(reihen) getrieben ist. Die Politik und Medien freuten sich über diese vermeintlich unaus-

schöpfbare Quelle des Profits, die Arbeitsplätze schafft und dem Land in wirtschaftlichen Krisen helfen kann. Doch die Realität sieht anders aus. Die Tourismusbranche ist in ständiger Konkurrenz sowohl lokal als auch global. Die Löhne werden gedrückt, um konkurrenzfähig zu bleiben. Umgekehrt sind die Lebenskosten an diesen Touristenorten aber oft extrem hoch. Ein weiteres Problem ist die enorme Abhängigkeit von äusseren Faktoren, was besonders in der Zeit von Covid-19 zu sehen war. Diese Widersprüche treffen insbesondere die proletarischen Bevölkerung.

Der *Neue Tourismus* bedeutet, dass die Tourist nicht mehr nur die bekanntesten Sehenswürdigkeiten, Denkmäler und Museen besuchen, sondern in Wohnquartieren nach einer «authentischen» Erfahrung in der Stadt suchen. Dieses neue Phänomen touristifiziert zusätzliche Quartiere und verändert die Ansprüche der Tourist_innen an Konsum und Raum. Es gibt zum Beispiel mehr Restaurants, Cafes und Bäckereien als normale Gebrauchsläden in «touristifizierten» Quartieren. Darum kommt es oft zu Konflikten, wie beispielsweise bei den Viadukt Apartments im Kreis 5, bei denen die Bedürfnisse der Nachbarschaft und die der Tourist aufeinanderprallen. Eine Nachbarschaft im Sinne einer solidarischen Gemeinschaft, die sich kennt und organisiert, kann sich in dieser Situation und mit dieser Anzahl an Airbnbs und Apartments kaum mehr bilden.

Es regt sich Widerstand

Diese kapitalistische Art des Tourismus ist (natürlich) weder sozial noch ökologisch nachhaltig. Deshalb formiert sich Widerstand auf unterschiedliche Weise:

In Mallorca sind dieses Jahr bereits mehrmals tausende Menschen auf die Strassen gegangen, um gegen den Massentourismus zu demonstrieren. Sie kämpfen gegen die ökologischen Auswirkungen des Luxustourismus. Denn in manchen Gemeinden wird über die Hälfte des Wassers durch die Privatpools und den hohen Einzelbedarf der Tourist verbraucht. Zudem kämpfen die Arbeiter_innen gegen die prekären, befristeten Saisonarbeitsverträge.

Vor einigen Wochen wurden in Berlin zwei Häuser besetzt, denn aus den Räumen sollten zukünftig Ferienwohnungen werden. Als «Antwort auf die stetig voranschreitende



Ferienwohnungen in Schweizer Städten vervielfachen sich. Spray im Kreis 5, Zürich.

Touristifizierung und Privatisierung unserer Lebensräume» und «auf die in Berlin alltägliche Verdrängung von Menschen zugunsten höherer Profite des Kapitals».

Inspirierend sind auch Aktionen von Bewohner_innen Marseilles. Dort wurden letztes Jahr Schlüsselboxen von Airbnb Appartements zerstört, um ein Zeichen gegen den Massentourismus und gegen die Wohnungsnot zu setzen. Zudem haben die Aktivist_innen Ferienwohnungen ausgebaut und die Gegenstände an Bewohner_innen des Quartiers zurückgegeben.

Das Problem des Tourismus haben mittlerweile auch im bürgerlichen Spektrum viele erkannt. Die Rechten sprechen sogar von einer Gefahr der Überfremdung durch den Tourismus, was ihrer Fremdenfeindlichkeit eine weitere Facette verleiht. Während die Neoliberalen keine Regulierung und reinen Profit wollen, versucht die reformistische Linke mit Massnahmen, wie Airbnb-Regulationen, in die Politik einzugreifen. Wir denken aber, dass solange diese Art von Tourismus profitorientiert ist, sich wenig ändern wird. In einer kommunistischen Perspektive des Tourismus gilt es den Wunsch oder das Bedürfnis des Tourismus radikal zu hinterfragen und eine sozial geplante Umstrukturierung des Tourismus zu einer wirklich solidarischen und wertschätzenden Gastfreundschaft, die ökologisch und nicht ausbeuterisch ist, anzudenken.



In Barcelona steigt der Unmut gegenüber dem Massentourismus.

STAHLWERK

Stahl Gerlafingen muss bleiben!

Im Stahlwerk in Gerlafingen bei Solothurn geht es momentan nicht nur bei der Stahlproduktion heiss zu und her: Die Ankündigung, dass erneut Stellen gestrichen werden sollen, trommelt am Samstag, dem 9. November, 1000 Menschen zum Protest vor das Werk.

(agkk) Bereits im Frühling hat die italienische Inhabermfirma Beltrame 60 Stellen gekürzt und eine Produktionsstrasse geschlossen. Anfang Oktober machte sie bekannt, dass sie 120 Arbeitsplätze streichen will. Dies wurde auf Druck aus der Bevölkerung hin inzwischen wieder zurückgenommen, stattdessen wird auf Kurzarbeit umgestellt. Doch das Stahlwerk schreibt rote Zahlen, die Zukunft ist ungewiss. Viele spekulieren, dass es innerhalb der nächsten fünf Jahre ganz geschlossen wird. Auch das andere Stahlwerk in der Schweiz, Steeltec bei Luzern Emmenbrücke, macht Verluste und hat Stellenabbau angekündigt.

20. Jahrhundert – Vom Massenstreik zum Arbeitsfrieden

Dabei spielt das Stahlwerk in Gerlafingen eine bedeutende Rolle in der Geschichte der Industrialisierung der Schweiz: Seinen Anfang nahm es 1803 in den Eisenschmieden und Bergwerken des Solothurner Patriziers Von Roll. Schnell wuchs Von Roll zu einem Konzern an, der von Schachtdeckeln über Hydranten, Turbinen, Seilbahnen und Maschinen alles Mögliche produzierte und damit nicht nur die Schweiz, sondern auch das Ausland belieferte. Das Stahlwerk in Gerlafingen war dabei einer von vielen Standorten des Von Roll-Konzerns in der Schweiz.

Im Jahr 1920, zwei Jahre nach dem Landesstreik, reagierten die Arbeiter_innen des Stahlwerks auf die Inflation und forderten mit einem Streik faire Löhne ein. Der Streik dauerte vom 8. März bis zum 9. April und zählte von einer Belegschaft von insgesamt 1700 Arbeiter_innen stattliche 1200 Streikende. Mitgetragen wurde der Arbeitskampf von der kämpferischen lokalen Sektion der SMUV, der damaligen Gewerkschaft für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen. Vermutlich wäre der Streik noch weiter eskaliert, hätte nicht der Zentralsekretär der SMUV, Konrad Ilg, ohne Rücksprache mit der lokalen Sektion und den Arbeiter_innen Verhandlungen mit dem Von Roll-Direktor aufgenommen. Als Vermittler bei den Gesprächen fungierte der damalige FDP-Bundesrat Schulthess. Diese Beteiligung der Bundesebene hatte Strahlkraft und bewirkte, dass die Gewerkschaften allgemein zunehmend als Verhandlungspartner wahrgenommen wurden. Es wurde jedoch klar, dass die wirtschaftlich und politisch stärkeren Arbeitgeber den Rahmen definierten und somit den Inhalt auch massgeblich beeinflussen konnten. Später, im Jahr 1937, wurde schliesslich zwischen demselben Direktor der Von Roll und der SMUV ein längerfristiges Friedensabkommen getroffen, das den Grundstein für den Schweizer Arbeitsfrieden legte.

In den 90er-Jahren «räbelte» es dann in der Stahlindustrie, die Nachfrage begann zu sinken, die Werke kamen in die Krise. Von Roll wollte Gerlafingen loswerden, die Banken drängten Von Moos (das Unternehmen, welchem das Stahlwerk in Emmenbrücke gehörte) und Von Roll zum Zusammenschluss. Nachdem das Werk 1996 von der Von Moos Holding AG übernommen wurde, schlossen sich die ehemalige Von Roll und Von Moos zur Swiss Steel zusammen. Diese verkaufte die Stahl Gerlafingen dann 2010 vollständig an die italienische AFV Beltrame.

Die Marktlogik lässt das Stahlwerk im Stich

Stahl ist ein essenzieller Baustoff für die Gesellschaft und wird dies auch weiterhin bleiben. Er kann beinahe ohne Qualitätsverlust immer wieder eingeschmolzen und neu geformt werden und wird auch in einer dekarbonisierten Welt noch verschiedene Anwendungszwecke haben: Aus ihm entstehen die Wagenkästen für Trams, die Schienen für Züge, die Füsse von Windrädern, Speicher von Wärmepumpen und vieles mehr.

Stahl kann in zwei Arten von Anlagen hergestellt werden: in einem Hochofen aus Eisenerz und Koks (fast reiner Kohlenstoff, der aus Kohle gewonnen wird) oder in einem Elektroofen aus wiedergewonnenem (recyceltem) Stahl. Die Stahlproduktion in Hochöfen ist mit 2 Tonnen CO₂ pro gewonnener Tonne Stahl deutlich klimaschädlicher als die Erzeugung durch wiederverwendetes Stahl, wo pro Tonne Stahl nur noch 368 kg CO₂ ausgestossen werden. Um die enorme Hitze in den Schmelzöfen von 1600°C zu erzeugen, wird der Elektrolichtbogenofen in Gerlafingen mit Strom und Erdgas betrieben. Die ökologische Bilanz des Stahlwerks könnte noch verbessert werden, indem der Strom für den Ofen nur aus erneuerbaren Energiequellen bezogen wird.



Aus dem Sozialarchiv: Statue eines Arbeiters 1920, der eine Plakette trägt mit der Aufschrift «...und wann werde ich entlassen, Hr. Verwaltungsrat?»

Nun macht das Stahlwerk in Gerlafingen unter Beltrame jedoch Verluste. Die weltweite Überproduktion an Stahl macht Gerlafingen, wo primär Baustahl aus recyceltem Altmetall produziert wird, zu schaffen. Auch die hohen Strompreise, an denen sich die Energiekonzerne eine goldene Nase verdienen, sind ein Faktor. Die Baufirmen in der Schweiz bevorzugen oftmals den klimaschädlicheren Stahl aus dem Ausland, weil er billiger zu bekommen ist. Im National- und im Ständerat werden zurzeit verschiedene Motionen zur Rettung der beiden Schweizer Stahlwerke diskutiert, ein konkreter Vorschlag ist die Unterstützung durch Senkung des Strompreises über den Netztarif. Die UNIA hingegen fordert vom Bund Massnahmen zur Verwendung von Recycling-Stahl für das öffentliche Beschaffungswesen, um neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Es ist allerdings klar, dass mit diesen Ansätzen nur ein Teil der Probleme der Stahlwerke gelöst werden kann.

Der Klimastreik, der ebenfalls an den Protesten teilnimmt und Solidarität mit den Arbeiter_innen bekündigt, geht einen Schritt weiter und fordert, dass Stahl Gerlafingen der Marktlogik entzogen wird. Der Staat solle es zum symbolischen Preis von einem Franken von Beltrame übernehmen und unter demokratische Kontrolle bringen, sprich von den Arbeiter_innen in Zusammenarbeit mit Expert_innen und Klimawissenschaftler_innen geführt werden.

Mit dem Bagger vor den Bundesplatz

Die Stimmung unter den Arbeiter_innen ist ernst. Es wird viel von Familie gesprochen, einige von ihnen sind bereits in der dritten Generation im Stahlwerk von Gerlafingen beschäftigt. Es wird auf die Bedeutung des Stahlwerks für die Gegend hingewiesen, aber auch viel auf die ökologischen Aspekte. Das Stahlwerk in Gerlafingen produziert vergleichsweise grünen Stahl und trägt zum metallischen Kreislauf bei. Das betonen auch die Arbeiter_innen immer wieder: «Ich weiss nicht, wie sich das der Bund vorstellt, dass wir dann unser Altmetall im Ausland recyceln. Das gibt nur wieder mehr Verkehr», erklärt Fehmi, ein Altmetall-Sortierer im Werk. Es geht bei Gerlafingen um Vieles: Um Arbeitsplätze, um den Kampf gegen die Deindustrialisierung, um den sozial-ökologischen Umbau.

Beinahe die gesamte Belegschaft war im Oktober auf dem Bundesplatz gestanden und im November vor dem Werk, die Hälfte ist Mitglied bei der UNIA. Den meisten ist klar: Weder der italienische Inhaber noch die Schweizer Politik interessieren sich genug für das Werk. Sie gehen nicht davon aus, dass die zwei friedlichen Kundgebungen viel bewirken werden, dafür lässt sich aus dem Stahlwerk nicht genug Profit schlagen. Sie prangern an, dass den Banken vom Bund sofort unter die Arme gegriffen wurde, während das Stahlwerk nicht wichtig genug ist.

Die Solidarität mit den Arbeiter_innen aus der Bevölkerung ist jedoch gross und am Protest am Samstagmorgen auch deutlich spürbar: Ein Arbeiter aus dem Stahlwerk erzählt, man habe eine Grussbotschaft von der besetzten ex-GKN-Fabrik in Italien erhalten, und die Äpfel, die an der Kundgebung verteilt werden, wurden solidarisch von den Bäuer_innen der umliegenden Dörfer gespendet. Es sind solidarische Holzbauer_innen vor Ort, der Klimastreik, die BFS und der Aufbau bekundigen ebenfalls mit ihrer Teilnahme ihre Solidarität.

Die Vorschläge, die in der institutionellen Politik diskutiert werden, sind reformistische, kurzfristige Lösungen. Eine befristete Senkung der Netztarifangaben für das Werk wird weder dafür sorgen, dass die Zukunft der Arbeitsplätze längerfristig gesichert ist, noch, dass die Stahlproduktion in der Schweiz nachhaltiger wird. Die Kundgebungen haben starke Zeichen gesetzt und den breiten Rückhalt für das Werk verdeutlicht. Jetzt ist es aber an der Zeit, radikalere Massnahmen zu ergreifen. Ein Beispiel dafür liefert die bereits erwähnte ex-GKN-Fabrik bei Florenz, wo ehemals Teile für die Autoindustrie hergestellt wurden. Als 2021 die Nachricht kam, dass die Produktion verlagert werden sollte, Arbeiter_innen die Fabrik besetzten und unter ihrer Führung nun auf die Produktion von Lastenvelos umgestellt. Eine andere Erfolgsgeschichte bieten die Streiks der 430 Arbeiter_innen der SBB-Werkstätten (Officine) bei Bellinzona im Jahr 2008, die auf die Ankündigung der Schliessung folgten. Oder in Fehmis Worten: «Dann müssen wir eben mit dem Bagger auf dem Bundesplatz einfahren und sagen «Hey, jetzt ist fertig!»



Im Bild

(agfk) Truss & Freddie Oversteegen und Hannie Schaft: Sie waren 14, 16 und 19 Jahre alt, als sie sich den kommunistischen Widerstandsgruppen nach der Besetzung der Niederlande durch Nazi-Deutschland anschlossen. Die drei Mädchen, bzw. jungen Frauen, bildeten sehr bald ein Spezialkommando innerhalb ihrer Untergrundarmee, die gezielt und schlagkräftig ranghohe Nazi-Offiziere und Verräter ausspionierte und tötete. Beispielsweise verführten sie die Feinde in den Wald und erschossen diese, oder sie überfielen sie auf offener Strasse oder in ihren Wohnungen. Sie lernten mit Dynamit umzugehen und nahmen Teil an grösseren Sabotageaktionen wie Sprengungen von Brücken, Telegrafmasten und Eisenbahnschienen, sie erkundeten Militäranlagen um Brandanschläge zu verüben. Nebenbei versteckten und versorgten sie untergetauchte Jüd_innen, transportierten Flugblätter, gefälschte Ausweise und Lebensmittelkarten sowie Waffen.

Auf dem Bild sehen wir Truus und Freddie als Paar verkleidet vor einer Tötungsaktion. Auf dem anderen Bild sehen wir Hannie Schaft – ein Knastfoto drei Wochen vor Kriegsende. Sie war bei einer Routinekontrolle mit Flugblättern und ihrer Pistole verhaftet worden. Schnell wurde den Nazis klar, sie hatten «die Frau mit den roten Haaren» geschnappt, eine des «Terror-Trios», welches zuoberst auf Hitlers Fahndungsliste stand. Nach tagelanger Folter wurde sie in den Dünen erschossen, ohne dass sie einen Namen preis gegeben hätte. Ihr zu Ehren steht heute ein Denkmal in ihrer Geburtsstadt Haarlem. Freddie und Truus überlebten den Krieg.

ARBEITSKAMPF

«Diese Aktion zeigte Presto, dass wir es ernst meinen»

Im Frühling 2024 fand eine Auseinandersetzung rund um den Presto-Gesamtarbeitsvertrag ein jähes Ende. Hanna (Name geändert) ein aktives Gewerkschaftsmitglied, hat uns dazu viel erzählt: Wie man zur Gewerkschaft kommt, wie der Weg in den Arbeitskampf führt und was dann Solidarität bedeutet.

(agf/az) Hanna kommt gleich zu Beginn zur Sache: «Presto ist eine Tochtergesellschaft der Post, sie existiert seit fünfzehn Jahren und ist die Nachfolgefirma der damaligen Zuwo. Schon damals kam es zum Streik, weil die Stundenlöhne auf CHF 11.60 gedrückt wurden. Heute hat die Presto gemäss Homepage 5'700 Zeitungsverträger_innen». Gefragt nach einem typischen Tagesablauf fährt sie fort: «Es heisst, dass wir ab 5 Uhr zustellen. Diese Zeit reicht nicht immer! Bei Grossauflagen oder wenn die Zeitungen dick und schwer sind, dann braucht man länger, besonders bei schlechtem Wetter. Dazu kommt, dass es Touren mit vielen Teilabos hat. Ich stehe jeden Werktag um halb drei auf, fahre mit meinem Privatauto zum Depot und lade die Zeitungen. Dann fahre ich ein paar Meter und lege die Zeitungen in die Briefkästen. Schon um 6.30 Uhr muss die letzte Zeitung im Briefkasten sein.»

Der Weg zur aktiven Gewerkschafterin

Hanna kam eher zufällig zur Gewerkschaft, «wie die Jungfrau zum Kind» sagt sie. «Wir bekamen einen Brief mit der Bitte, dass sich Interessierte für die sogenannte «PeKo» (Personalkommission) melden sollen. Zum letztmöglichen Termin meldete ich mich beim Verträgechef, welcher mich zum Standortleiter weiterleitete. Eigentlich wollte ich nur wissen, was eine PeKo macht, da ich davon nie zuvor gehört hatte.» Als Grund für das gewerkschaftliche Interesse nennt Hanna den Wunsch, Orientierung über den Arbeitskontext zu kriegen: «Ich kenne gerne Zusammenhänge, dabei hilft die PeKo. So konnte ich mich in die Gesetzgebung vertiefen. Auch wenn ich nicht alle Details kenne, so weiss ich doch mehr, als normale Arbeitnehmer_innen wissen. Dazu kommt, dass wir immer wieder Kolleg_innen mit Schwierigkeiten haben.» Offensichtlich war nicht nur die eigene Betroffenheit Grund für die

Organisierung, sondern auch der solidarische Kampf für und mit anderen: «Ein extremes Beispiel war, als sich eine Verträgerin meldete und wissen wollte, welche Rechte sie als schwangere Frau habe. Die zuständigen Chefs hatten keine Ahnung.» In der gewerkschaftlichen Organisierung sind auch Aspekte von Vernetzung und Gegenmacht relevant geworden. «Das Schöne ist, dass die PeKo's aller Standorte vernetzt sind, die Standorte der Presto aber nicht!»

Und dann zur Auseinandersetzung

Ein Arbeitskampf bahnte sich an. Dabei ist die gewerkschaftliche Struktur als Vorbedingung wichtig. «Eigentlich haben wir ja zwei Gewerkschaften. Zum einen ist das Transfair und zum anderen Syndicom. Wir arbeiten mit der Syndicom, weil sie unsere Lage wirklich verbessern wollen. Zu fast jeder Zeit können wir uns bei den zuständigen Sekretär_innen melden.» Letztere spielten auch eine Rolle, als den Arbeiter_innen von Presto vor vier Jahren der Kragen platzte. «Im Juni 2020 begannen wir mit Lohnverhandlungen. Presto gewährte einen Aufschlag des Mindestlohnes um 5 Rappen, auf CHF 18.32 pro Stunde. Das ist eine jährige Lohnerhöhung von etwa 20 Franken! Im Spätsommer 2021 galten die Verhandlungen nach zähem Ringen als gescheitert. Wir verlängerten den GAV unter der Bedingung, dass das von uns entworfene Spesenreglement plus 0.8 % als Einmalzahlung angewendet wird. Die Gewerkschaft Transfair wollte wegen dem schlechten Geschäftsgang gar keine Lohnerhöhung!»

Aus einer Auseinandersetzung wurden mehrere

Die Verhandlungen 2022 waren noch zäher. «Presto wollte uns abspeisen. Im Dezember 2022 öffneten wir die Streikkasse. Die eidgenössische Postkommission (Postcom) beschloss, den Mindestlohn auf den 1. Juli 2023 auf CHF 19.00 anzuheben. Presto erklärte sich einverstanden, die Lohnerhöhung schon per 1. Januar 2023 zu bezahlen. Wir wollten eine eingebaute Lohnerhöhung, damit wir auch im nächsten Jahr etwas davon spüren würden. Wir stellten zudem die Bedingung, dass die Verhandlungen

schon im März beginnen müssen, damit wir dafür genügend Zeit hätten. Presto bot 30 Rappen mehr pro Stunde und Jahr bis 2032. Das lehnten wir dankend ab. Unsere Vorstellung gefiel wiederum der Presto nicht! Das war unser Glück, denn Ende Juni erklärte Presto die Verhandlungen als gescheitert. Somit bekamen wir genügend Zeit für Vorbereitungen, für Öffentlichkeitsarbeit und alles was es braucht.»

Das Innenleben eines Arbeitskampfes

Dann begann die heissere Phase mit abruptem Ende: «Im Juli begannen wir, unser Vorgehen zu planen. Wir wollten bewusst in die Öffentlichkeit gehen, damit auch Abonnent_innen sehen, zu welchen Bedingungen ihnen die Zeitung zugestellt wird. Zur Unterstützung wurden Kleber verteilt. Diese Aktion zeigte Presto, dass wir es ernst meinen. Wir bekamen Ende Jahr das Angebot einer Lohnerhöhung um 30 Rappen und dazu ein paar Zückerchen. Doch Presto wollte nicht über Fr. 21.70 (Basler Mindestlohn) hinausgehen. Die Mitglieder nahmen dieses Angebot leider an.» Hanna zeigt sich enttäuscht: «Wir dachten, dass wir mehr hätten erreichen können. Unser Ziel, dass 100% der Verträge_innen eine Lohnerhöhung bekommen, haben wir wieder nicht erreicht. Wenn ich höre, dass ein verdientes Mitglied des Firmenvorstandes nach 15 Jahren eine Lohnerhöhung von 5 Rappen erhält, werde ich wütend.» Immer wieder nennt Hanna ein starkes Solidaritätsbewusstsein, weshalb sie sich gewerkschaftlich einsetzt. «Ich setzte mich für die Schwächsten unserer Gesellschaft ein. Bei den Zeitungsverträger_innen hats viele die pensioniert sind und das Geld zum Überleben brauchen. Wir haben auch IV- Bezüger_innen und migrantische Leute. Wenn ich höre, dass ein Pensionär mit 78 Jahren an Werktagen vier Touren und an Sonntagen zwei Touren fährt, damit er gut leben kann, dann verschlägt es mir den Atem. Und dann höre ich, dass Leuten nach 40 Jahren per Telefonat gekündigt wird! Nun muss die Person um ihre per GAV zugesprochene Abfindung kämpfen. Wie würdest Du Dich fühlen?» Zweifellos: Bei Presto ist der letzte Kampf noch nicht geführt worden.

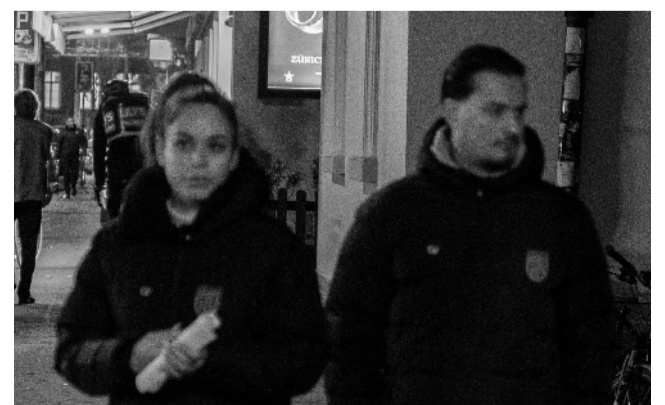
MERKE



Zivi Thomas Dünki mit und ohne Brille



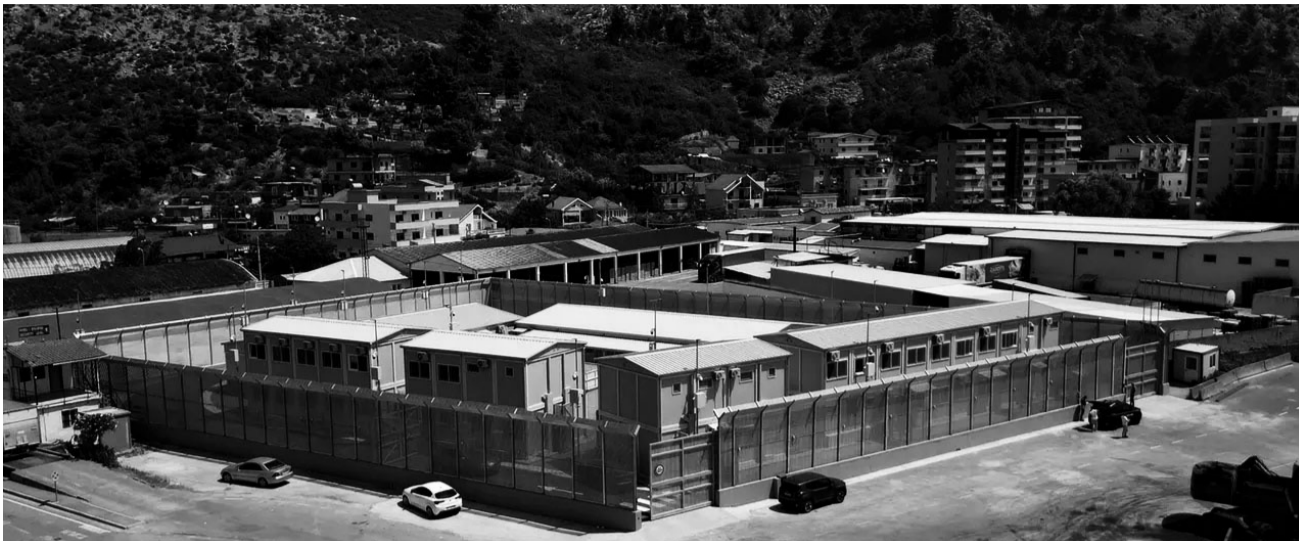
Er unterstützt die zivile Einsatzleitung an Demos



Die beiden tauchen an diversen Demos auf und sind je nach Situation anders gekleidet

EUROPA

Asylpolitik und Rechtsentwicklung



Der italienische Flüchtlingsknaus in Albanien

Seit Jahrzehnten gehen die rechten Parteien mit Migrationspolitik auf Stimmenfang. Mit dem Aufwind der Rechtsextremen kommen auch von den «bürgerlichen» Parteien immer neue Ideen für Verschärfungen.

(rabs) Das Asylrecht wird wieder europaweit stark angegriffen. Die immer erfolgreicheren rechtsextremen Parteien treiben die Mitte- oder Linksliberalen Parteien vor sich her, diese beteiligen sich eifrig am Diskurs, dass es zu viele Ausländer_innen in Europa habe. In der Diskussion um die Asylpolitik geht es eigentlich gar nicht um Asyl an sich. Denn da gibt es bis jetzt noch einen weitgehenden Konsens: Wer es schafft, in die Schweiz (oder in die EU) zu kommen und einen der wenigen Asylgründe erfüllt, erhält meistens auch Asyl. Dabei ist aber das grundsätzliche Problem: Es gibt fast keine Asylgründe. Zum Beispiel sind Hunger, Dürren, Überschwemmungen oder sonst mangelnde Lebensgrundlagen kein Grund, Asyl in der Schweiz zu bekommen. Entsprechend dreht sich die Diskussion meistens gar nicht um die Menschen, deren Antrag auf Asyl angenommen werden kann, sondern um diejenigen, die nicht aufgrund politischer Verfolgung geflüchtet sind, sondern beispielsweise, weil sich die Lebensgrundlagen an ihrem vorherigen Wohnort so sehr verschlechtert haben, dass sie den Ort verlassen müssen, um zu überleben. All diese Menschen, die dann abwertend «Wirtschaftsflüchtlinge» genannt werden, können abgewiesen werden, ohne dass das Asylrecht angetastet wird.

Das «Problem» sind nicht die relativ wenigen Menschen, die tatsächlich Asyl erhalten. Die Politik versucht den Hebel bei denen anzusetzen, denen sie kein Asyl gewährt. Diese Menschen sind dann aber schon da und können oft nicht mehr so einfach weggebracht werden. Entweder weil die Herkunftsländer sie nicht zurücknehmen oder weil diese nicht als sicher eingestuft werden können. Deshalb wird versucht zu verhindern, dass die Menschen ins Land kommen. Dazu werden möglichst viele Hürden aufgebaut. Fluchtrouten sollen von den entsprechenden Staaten kontrolliert und geschlossen werden. So bezahlte die EU Niger dafür, dass sie Flüchtende zurückhielt, die Richtung Norden unterwegs waren. Das Abkommen wurde vor einem Jahr von Niger aufgekündigt. Der entsprechende Deal mit der Türkei ist weiterhin in Kraft.

Zusätzlich rüstet Europa die Aussengrenzen immer weiter auf, mit Zäunen und Kontrollen und immer häufiger mit Push-Backs, bei denen die Grenzbeamten Menschen, die es über die EU-Grenze geschafft haben, wieder über die Grenzen bringen.

Als vorläufig letzte Stufe wird versucht, den Geflüchteten, die es bis in ein europäisches Land geschafft haben, das Leben möglichst schwer zu machen. Sie dürfen nicht arbeiten, bekommen möglichst wenig finanzielle Hilfe, z.T. nur noch in Gutscheinform, werden von der Polizei schikaniert und rassistisch angegangen.

Seit einigen Jahren nimmt eine andere «Lösung» der Frage nach dem Motto «aus den Augen aus dem Sinn» an Fahrt auf: Nachdem 2022 Grossbritannien ankündigte, «illegal» eingewanderte nach Ruanda zu bringen und ihr Asylgesuch da zu bearbeiten, versucht die rechtsextreme Regierung Italiens unter Giorgia Meloni das gleiche mit Albanien einzurichten. Die Unterkünfte an zwei Standorten, in Shëngjin und Gjadër, sind gebaut und die italienischen Beamten, die die Asylgesuche prüfen müssten, unter Vertrag. Nachdem 12 Geflüchtete, die im Mittelmeer aufgegriffen wurden, direkt nach Albanien gebracht worden waren, statt wie bisher nach Italien, schalteten sich die Gerichte ein und entschieden, dass das Vorgehen der

Menschenrechtskonvention und den Urteilen des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGH) widerspricht. Die Länder, in die die Geflüchteten potenziell zurück gebracht werden sollten (z. B. Ägypten oder Bangladesch) seien nicht als sicher einzustufen. Woran auch ein eiligst erlassenes Gesetz, das genau dies behauptet, nichts ändere. Nun wird sich der EuGH nochmals damit befassen müssen und es sieht nach einem jahrelangen Rechtsstreit zwischen den Gerichten und der italienischen Regierung aus. Dies spielt letzterer aber wohl eher in die Karten, weil sie sich als Verfechterin des Willens der Wähler_innen geben kann, die sich gegen die europäische (und italienische) Bürokratie zur Wehr setzt.

Die Idee, die Asylgesuche von Geflüchteten nicht in den eigenen Ländern zu behandeln, ändert aber eigentlich nichts an der Lage: Es ist nicht einfacher, Menschen von Albanien aus zu deportieren, weil es oft die Herkunftsländer sind, die die Menschen gar nicht zurücknehmen oder eben die Herkunftsländer nicht als sicher eingestuft werden können. Wieso das den Rechten trotzdem als Lösung erscheint, ist, weil die Menschen dann nicht im eigenen Land sind, sondern woanders festsitzen. Das könnte auch eine abschreckende Wirkung auf weitere Migrant_innen haben.

Nicht nur in Italien und Grossbritannien wird verschärft. Die Niederlande will Migrant_innen mit abgelehntem Asylentscheid nach Uganda deportieren. Der scheidende deutsche Bundeskanzler Scholz will «endlich im grossen Stil abschieben», in der Schweiz setzt man vor allem auf Schnellverfahren, deren Ziel auch ist, dass Menschen, die kein Asyl erhalten, möglichst schnell die Schweiz wieder verlassen. Und was Trump in seiner zweiten Amtszeit gegen die «illegale Migration» unternommen wird, ist zumindest von der Richtung her absehbar.

Vermeintlich überbevölkert

In der Schweiz haben wir aufgrund des Wohlstands kein wirkliches Problem mit zu viel Migrant_innen. Wohnungsnot, Stau oder überfüllte Trams sind reale Probleme, die direkt oder indirekt durch den Kapitalismus entstehen oder verstärkt werden: Wohnungsnot als Mangel an zahlbarem Wohnraum, weil mit Mietwohnungen Rendite gemacht werden muss; Verkehrskollaps, weil wir zu viel arbeiten müssen und dies nicht unbedingt in der Nähe unseres Wohnorts und weil wir in unserer Freizeit ständig zum Konsum angetrieben werden. Von rechts werden diese und andere Probleme kausal mit der Anwesenheit Geflüchteter verbunden, um von den echten Ursachen abzulenken und das Schweizer Proletariat davon abzuhalten, sich mit den Geflüchteten zu verbünden.



Festung Europa: Die Militarisierung der Grenze schreitet voran

Wirkliche Probleme haben die Städte oder Regionen, die weltweit am meisten Geflüchtete aufnehmen. Laut der UNO Flüchtlingshilfe sind die Länder, die am meisten international Geflüchtete aufgenommen haben, der Iran und die Türkei mit je über 3 Mio. Menschen. Die meisten Binnenvertriebenen, also Menschen, die innerhalb eines Landes flüchten, leben im Sudan (10,5 Mio.), Syrien und der DR Kongo (je ca. 7 Mio).

Weil die Anzahl Menschen, die nach Europa einwandern, im Vergleich zu den weltweit vertriebenen so klein ist, und auch weil die meisten Fluchtursachen, insbesondere Kriege und Klimawandel, von den westlichen Staaten zu verantworten sind, mag es zumindest seltsam erscheinen, dass das Thema so weit oben auf der Problemliste der Europäer_innen und insbesondere der rechten Politiker_innen steht. Dass aber Rechte rechte Dinge sagen und machen, erstaunt ja nicht weiter. Und die Frage der «anderen», seien es Jüdinnen und Juden, Menschen aus islamischen Gebieten oder mit anderer Hautfarbe oder Kultur, war schon immer ein Thema, das von rechts bearbeitet wurde. Was uns wirklich beunruhigen sollte, ist, dass von den liberalen und links-liberalen Parteien und Menschen kaum mehr dagegen gehalten wird. Die Menschen sind abgestumpft. Das Leiden und Sterben an Europas Aussengrenzen dauert schon so lange und wir sehen so keinen Handlungsspielraum, um es zu beeinflussen, dass wir uns kaum mehr darüber aufregen (mögen).

Wie wird es weitergehen?

Momentan sieht es danach aus, als ob es Entwicklungen nur in eine Richtung gibt: noch mehr Verschärfungen. Die einzelnen Länder werden immer weiter versuchen, den anwesenden Geflüchteten das Leben so schwer wie möglich zu machen und gleichzeitig möglichst viele neue Geflüchtete schon an der Grenze zurückzuweisen, egal wie. Dabei schaukeln sich die Länder und Parteien je gegenseitig in die Höhe. Die Verantwortlichen können auf die Komplizenschaft der Medien zählen, die auf der einen Seite ein Riesending draus machen, wenn ein Geflüchteter sich nicht an geltende Gesetze hält. Auf der anderen Seite wird nicht oder nur am Rand darüber berichtet, wenn es zu (noch) illegalen Exzessen der Migrationsbehörden kommt.

Von der Strasse ist momentan nicht viel zu erwarten. Die Rechten mobilisieren immer erfolgreicher gegen die Migration, für Bewegungsfreiheit wird kaum mehr demonstriert. Entsprechend befinden wir uns in einer Spirale, in der sich Medien, Strasse und Politik gegenseitig nur in eine Richtung drehen.

Dagegen bräuchte es eine starke Bewegung, die neben den humanistischen Argumenten auch aufzeigt, wie das Thema Migration mit Klimakatastrophe und Rechtsentwicklung zusammenhängt und dass eine wirkliche Lösung der Widersprüche nur in einer Überwindung des kapitalistischen Systems gefunden werden kann.

Da es bis dahin aber noch ein weiter Weg ist, müssen wir aber schon heute daran arbeiten, die Situation zu ändern und der Rechtsentwicklung konkrete Argumente entgegenzusetzen, um ihr möglichst den Boden zu entziehen. Weil Unzufriedenheit mit der eigenen Situation und schlechte Lebensbedingungen die Leute empfänglicher für rechte Lösungsvorschläge machen, muss auch daran konkret gearbeitet werden: Wenn die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz immer weiter steigt, muss auch die Infrastruktur ausgebaut werden. Die soziale Sicherheit muss für alle zugänglich sein, insbesondere auch mit einer Volkskrankenkasse, der öffentliche Verkehr ausgebaut und für die Nutzer_innen billiger werden. Nur so kann die Forderung für Bewegungsfreiheit für alle Menschen überall auch auf Akzeptanz stossen.

ANTIKOLONIALISMUS

Anura Kumara, wer?

Anura Kumara Dissanayake vom Bündnis Nationale Volksmacht (National Peoples Power, NPP) wurde im September 2024 zum Präsidenten Sri Lankas gewählt. Er ist Mitglied der Volksbefreiungsfront (Janata Vimuchti Peramuna JVP). Die JVP führte 1971 einen bewaffneten Aufstand gegen die herrschende Klasse Ceylons und ihren Staat.

(agkk) Anfangs April 1971 organisierte die JVP in Ceylon, wie damals Sri Lanka noch hiess, einen bewaffneten Aufstand. Sowohl für den Imperialismus als auch für die internationale revolutionäre Bewegung überraschend, erhoben sich Teile der Landbevölkerung gegen die Regierung, die ein Jahr zuvor an die Macht gewählt wurde. Der Kampf der Revolutionär_innen in Ceylon und seine Umstände 1971 hatten einen solch besonderen Charakter, dass es sich lohnt, auch heute noch darüber nachzudenken. Wie unter einem Brennglas werden Fragen sichtbar, die sowohl historisch für den revolutionären Prozess einschneidend waren, als auch aktuell Bedeutung haben. Es sind Fragen nach dem einzuschlagenden Weg – ein reformistischer oder ein revolutionärer; grundlegende Positionen zum Antiimperialismus und zu nationalen Befreiungskämpfen; Diskurse über verschiedene Strategien des bewaffneten Kampfes.

Teilen und herrschen

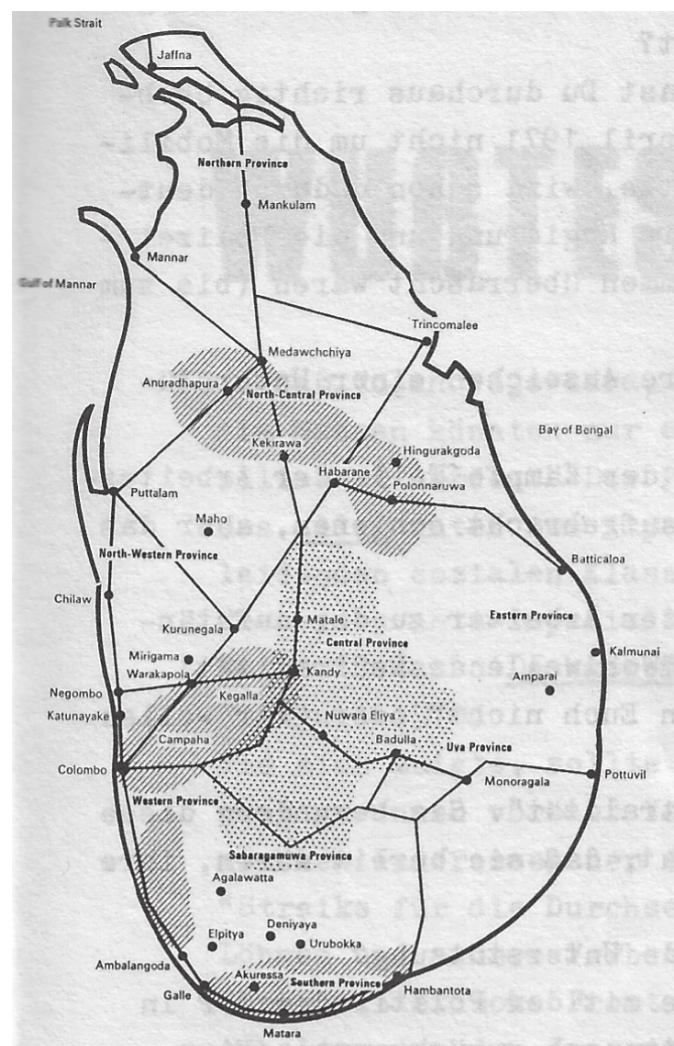
Um sich im Kontext der Situation in Ceylon 1971 mit diesen Fragen näher zu beschäftigen, ist ein Blick in die historischen und damaligen gesellschaftlichen Zusammenhänge angebracht. Ceylon hatte eine längere historische Erfahrung mit der Kolonisierung gemacht als jedes andere Land Asiens. Nach der frühen vorkolonialen Epoche der alten singhalesischen Königreiche, die mit den tamilischen Staaten im äussersten Norden der Insel konkurrierten, fielen schon im Jahre 1303 die Portugiesen auf der Insel ein.

Die portugiesische Herrschaft endete, als die Niederländer, in Absprache mit dem kandyschen Adel der Kandyan-Täler im inneren Ceylons, Gebiete auf der Insel eroberten. Die spätere Besetzung Ceylons als Teil von Englands weltweiter konterrevolutionärer und imperialistischer Offensive, ermöglichte die Kolonialherrschaft nun über die gesamte Insel. Die Einwohner_innen von Kandy weigerten sich aber, ihre Subsistenzwirtschaft aufzugeben. Der britische Kolonialismus war deshalb genötigt, eine riesige Reservearmee von Arbeiter_innen aus dem Süden Indiens nach Ceylon zu verfrachten. Hunderttausende von tamilischen «Kulis» arbeiteten in einem rechtlosen Vertragssystem im Hochland Ceylons in den Kaffeeplantagen. Die dadurch entstandenen ethnischen Gegensätze zwischen Tamil_innen und Singhales_innen entsprach der klassischen kolonialistischen Strategie des «Teilen und Herrschen». Diese Spaltung der Gesellschaft widerspiegelte sich in der Zusammensetzung der Arbeitskräfte und ermöglichte es den Kolonialist_innen, die Gefahr eines Unabhängigkeitskampfes zu verringern. Die durch den britischen Kolonialismus entstandene soziale und ethnische Struktur Ceylons prägten den Verlauf und den Charakter der dortigen Klassenkämpfe. Ethnisch unterteilte sich Ceylon in Singhales_innen, die Tamil_innen der Nordprovinz und der Ostküste, und die Tamil_innen aus Indien, die auf den Plantagen des Zentralmassivs arbeiteten. Nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg konnten die Kolonialisten relativ problemlos die Macht an die ceylonische Kompradoren-Bourgeoisie übergeben. Ihre imperialistischen Interessen blieben gewahrt.

«Buddhistischer Sozialismus»?

Nach den ersten Parlamentswahlen von 1947 wechselte sich eine korrupte Regierung nach der anderen ab. Die Politik wurde einerseits von der United National Party (UNP), die in erster Linie die Interessen der Gummi- und Kokosnussplantagen-Besitzer vertraten, und andererseits von der Sri Lanka Freedom Party (SLFP) geprägt. Die Provinzbourgeoisie von Jaffna hatte ihre eigene Partei, den Ceylon Tamil Congress, gegründet, der mit der UNP-Regierung zusammenarbeitete. Die SLFP war die Partei der Bourgeoisie von Kandy, die im Besitz von riesigen Reisfeldern waren. Sie gewann die Wahlen 1956 und 1960 mit einem reaktionären Programm. Der darin enthaltene «buddhistische Sozialismus» versprach eine Säuberung der Insel von fremden Elementen und richtete sich direkt gegen die «ausländischen» Tamil_innen. Damit begann ein singhalesischer Chauvinismus, der über Jahrzehnte zu Progromen und Massakern an der tamilischen Bevölkerung führte.

Karte Sri Lankas von 1971, welche die von den aufständischen kontrollierte Gebiete ausweist (diagonal gestrichelt).



Auf dieser ideologischen Basis von Klerikalismus und Rassismus und verbalen «antiimperialistischen» Parolen gewann die SLFP die Wahlen von 1962. Um ihre Politik links «abzusichern» – es gab immer grössere Streiks der Hafen- und Textilarbeiter_innen und andere Massenmobilisierungen – gelang der Regierung Bandanaraika 1964 die Einbindung der Lanka Sama Samaj Party (LSSP), der einzigen trotzkistischen Massenpartei. Ihren Ursprung hatte die LSSP im Kampf gegen den britischen Kolonialismus. Die LSSP wurde daraufhin aus der (trotzkistischen) Vierten Internationale ausgeschlossen. Bei den letzten Wahlen vor dem Aufstand im Mai 1970 gewann die SLFP mit ihren trotzkistischen und revisionistischen Verbündeten (Comuniste Party) die parlamentarische Mehrheit.

Drei Besonderheiten

Die erste Besonderheit: Der bewaffnete Aufstand richtete sich gegen eine Regierung, die auf einer verbal «antiimperialistischen» und «sozialistischen» Plattform an die Macht gekommen war. Sie umfasste auch Vertreter_innen der pro-sowjetischen Kommunistischen Partei und der trotzkistischen Lanka Sama Samaj Party.

Ende 1970 war die Stimmung unter den Massen äusserst angespannt. So gab es seit der Unabhängigkeit keine einzige Agrarreform und die gesellschaftliche Situation war von Notstandsgesetzen und grosser Jugend Arbeitslosigkeit geprägt. Doch hatten die Bäuer_innenschaft und die Arbeiter_innen gegenüber dem «sozialistischen» Reformismus eine revolutionäre Alternative. Während Monaten bereitete sich die JVP auf den bewaffneten Aufstand vor. Insbesondere war es für eine revolutionäre Organisation, die eine sozialistische Revolution in Ceylon zum Ziel hatte, unerlässlich, eine Klasseneinheit zwischen den tamilischen und singhalesischen Massen herzustellen. Die JVP ging von drei grundlegenden revolutionären Kräften aus: das städtische Proletariat; das Plantagenproletariat und die nicht-plantagengebundene Landbevölkerung. Ihr revolutionäres Programm umfasste die Verstaatlichung der Plantagen und eine Landreform, der Ausschluss aller imperialistischen politischen und kulturellen Institutionen, die Verstaatlichung der Banken und der Konzerne.

Nach Verhängung des Ausnahmezustands begann der Aufstand in der Nacht vom 3. April 1971 mit dem Angriff auf Polizeiposten, mit Strassensperren und Besetzungen von Brücken. Von über 80'000 Aufständischen sprachen die bürgerlichen Zeitungen. Den Kern des Aufstandes bildeten zehn Verwaltungsbezirke, in denen die Armee vorübergehend die Kontrolle verlor. Am 10. April wurden zwei grössere Städte in der Südprovinz, Elpitya (30 000 Einwohner_innen) und Deniyaya, erobert und selbstverwaltet.

Die zweite Besonderheit: Im August 1970 stellte die JVP die entscheidende strategische Weiche Richtung Aufstand. Damit wurde eine Entscheidung gefällt, die direkt im Zusammenhang mit den Erfahrungen der Indonesi-

schen Kommunist_innen 1965 stand. Damals wurde eine der grössten Kommunistischen Parteien, da unbewaffnet, völlig zerschlagen und ihre Mitglieder massakriert. Die KP Indonesien hatte es unterlassen, die unterdrückten Klassen für den Kampf gegen die nationale Bourgeoisie zu bewaffnen. Dieses mal wollte die JVP schnell zuschlagen, um einem Angriff der Regierung zuvorzukommen. Eine Konsequenz aus den Ereignissen in Indonesien war die Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand. Dies hatte für die gesamte internationale revolutionäre Bewegung eine grosse Bedeutung.

Der Aufstand in Ceylon war kein «blanquistischer» Putsch, sondern ein von einer revolutionären Vorhut vorbereiteter und organisierter Aufstand des ländlichen und städtischen Proletariats. Die JVP hat mit ihrer strategischen Entscheidung aufgezeigt, dass der bewaffnete Aufstand unter bestimmten Bedingungen auch in ehemals kolonialen Ländern möglich ist.

Die dritte Besonderheit: Die These, dass in Ceylon der bewaffnete Aufstand und nicht der langandauernde Guerillakrieg die geeignete Strategie des revolutionären Kampfes sei, war unter den gesellschaftlichen Bedingungen des antiimperialistischen Befreiungskampfes einzigartig.

Die konterrevolutionäre Gegenoffensive der Regierung war von extremer Brutalität und grosser Einflussnahme aus dem Ausland geprägt. Die militärische Hilfe, die der ceylonische Staat nach dem Aufstand bekam, ist ohne Beispiel. Hilfe kam aus den USA, Großbritannien, Australien, der Sowjetunion, Jugoslawien, Ägypten, Indien und Pakistan sowie wirtschaftliche Hilfe und politische Unterstützung aus China. Es zeigt die Komplexität sowohl der imperialistischen Interessen, als auch wie weit der proletarische Internationalismus von der Machtpolitik der SU und selbst der VR China geprägt waren.

Dass 2024 eine weichgespülte Partei den Präsidenten stellt, die 1971 mit einem bewaffneten Aufstand genau eine solche reformistische Regierung stürzen wollte, ist ein starkes Stück. Aber leider nicht das einzige. Immer wieder wird die Möglichkeit eines reformistischen Wegs zum Sozialismus vorgegaukelt, auch wenn alle historischen Erfahrungen das Gegenteil beweisen. Sozialismus ist ohne soziale Revolution nicht zu haben.

Dieser Artikel befasst sich mit einer eher unbekannteren historischen Erfahrung der revolutionären Bewegung. Sie ist aus drei Gründen auch noch heute bedenkenswert (siehe die drei Besonderheiten im Artikel).

Mit dem Kampf der tamilischen Befreiungsbewegung ab 1976 (siehe Aufbau Nr. 117) hat der Inhalt des Artikels nur insofern zu tun, als dass er zeigt, wie die Wurzeln des singhalesischen Chauvinismus schon im britischen Kolonialismus entstanden sind.

GESCHICHTE

500 Jahre «Bauernkrieg»

Die Bäuer_innenproteste, die Anfang 2024 in ganz Europa gegen die Agrarpolitik der EU mit ausserordentlicher Militanz ausbrachen, wurden in den Medien und von den Bäuer_innen selbst mehrmals mit dem «Deutschen Bauernkrieg» von 1524-26 verglichen und in dessen Tradition gestellt. Höchste Zeit sich diese Epoche etwas genauer anzuschauen.

(agbs) Aufstände von Seiten der ländlichen Bevölkerung sind in der Geschichte keine Seltenheit, sondern vielmehr ein immer wiederkehrendes Phänomen vorindustrieller Agrargesellschaften. Von den ägyptischen Landarbeiter_innen, die sich im 2. Jh. v.u.Z. gegen die Obrigkeit auflehnten, über die persischen Mazdaki des 6. Jh. u.Z. oder die japanischen Ikko Ikki des 16. Jh.; immer wieder revoltierte die ländliche Bevölkerung gegen ökonomischen Ausbeutung, politische Unterdrückung, Landraub und schlechte Lebensbedingungen.

Auch das europäische Mittelalter sah eine Fülle von Aufständen der Landbevölkerung, insbesondere ab dem 13. Jh., als mit der Herausbildung der Städte, die Ausbreitung des Handels und die Monetarisierung der Wirtschaft, die materiellen Grundlagen begannen, sich zuungunsten der Bäuer_innenklasse zu entwickeln. Zu Anfang schlug sich die Unzufriedenheit vor allem in Form von Armut predigenden häretischen Bewegungen nieder, wie die südfranzösischen Katharer_innen oder die Waldenser_innen.

Die Hussit_innen als Wegbereiter_innen

Aber erst das 15. Jh. sah mit den Hussit_innen im Königreich Böhmen die Artikulierung politischer und sozialer Forderungen. Zuerst beschränkte sich die Bewegung auf religiöse Belange und eine Beschneidung der ökonomischen und politischen Macht der Kirche. Bald aber artikulierte die Bewegung, die vor allem in der armen Landbevölkerung und zum Teil auch Stadtbevölkerung verankert war, einer Reihe sozialer und politischen Forderungen, die von der Abschaffung der Leibeigenschaft, bis zu einer gerechten Landverteilung und der Zerstörung der feudalen Ordnung reichten. Marxistische Historiker wie Robert Kalivoda sahen in den Hussit_innen die Vorgänger und Wegbereiter der späteren Reformation, sowie der Bäuer_innenaufstände, die ab dem Ende des 15. Jh.



Älteste bekannte Darstellung von Thomas Müntzer aus dem Jahr 1608. Der Prediger und Reformator war einer der wichtigsten Köpfe der Aufstände. Er wurde 1525 in Mühlhausen hingerichtet. Kupferstich von Christoph van Sichem.

im Heiligen Römischen Reich auftauchten und in den «Bauernkriegen» von 1524-26 ihren Höhepunkt fanden.

Die gesellschaftliche Entwicklung im 15. und 16. Jh.

Die Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte in Europa, die im 13. Jh. mit der Herausbildung der Städte und des Handels begann, hatte bis zum 16. Jh. nochmals rasant zugenommen. Die immer weitreichenderen Handelsnetzwerke, das Wachstum neuer und grösserer Städte, die zunehmende Wichtigkeit der Zünfte, begünstigten die Entwicklung neuer Produktionsprozesse in der Form der ersten Manufakturen, die vor allem im Bereich der Tuch-, Färber-, Papier-

und Gussindustrie auftauchten. Diese Faktoren trieben ab 1450 das Bevölkerungswachstum in Europa und dem heutigen Deutschland an, was in ländlichen Gebieten negative soziale Folgen hatte: Das Erbteilrecht förderte die Zerstückelung von Höfen und Land in kleinere und damit unproduktivere Parzellen. Auch das ökonomische und demographische Wachstum der Städte übte immer grösseren Druck auf die Landbevölkerung aus, da die landwirtschaftliche Produktion die ökonomische Basis der feudalen Gesellschaft bildete. Dazu kamen die systematische Beschneidung verschiedener Allmendrechte, die zunehmende Inbesitznahme von gemeinnützigem Land durch den Grossadel und eine Fülle von Steuern, Abgaben, Pflichten und Frondienste, die Bäuer_innen ihren weltlichen und kirchlichen Herren zu leisten hatten.

All dies führte zu einer steigenden Unzufriedenheit der Landbevölkerung, die sich ausserdem gegen diese Ausbeutung und Unterdrückung rechtlich nicht wehren konnte. Auch die Korruption der Kirche und die Zurschaustellung ihres enormen Reichtums trug zur Unzufriedenheit bei, zumal kirchliche Güter enorme Ländereien besaßen, selbst an der Ausbeutung und Unterdrückung der Bäuer_innen beteiligt waren und die feudale Ordnung auch noch ideologisch und religiös legitimierten.

Die Aufstände und die Reformation

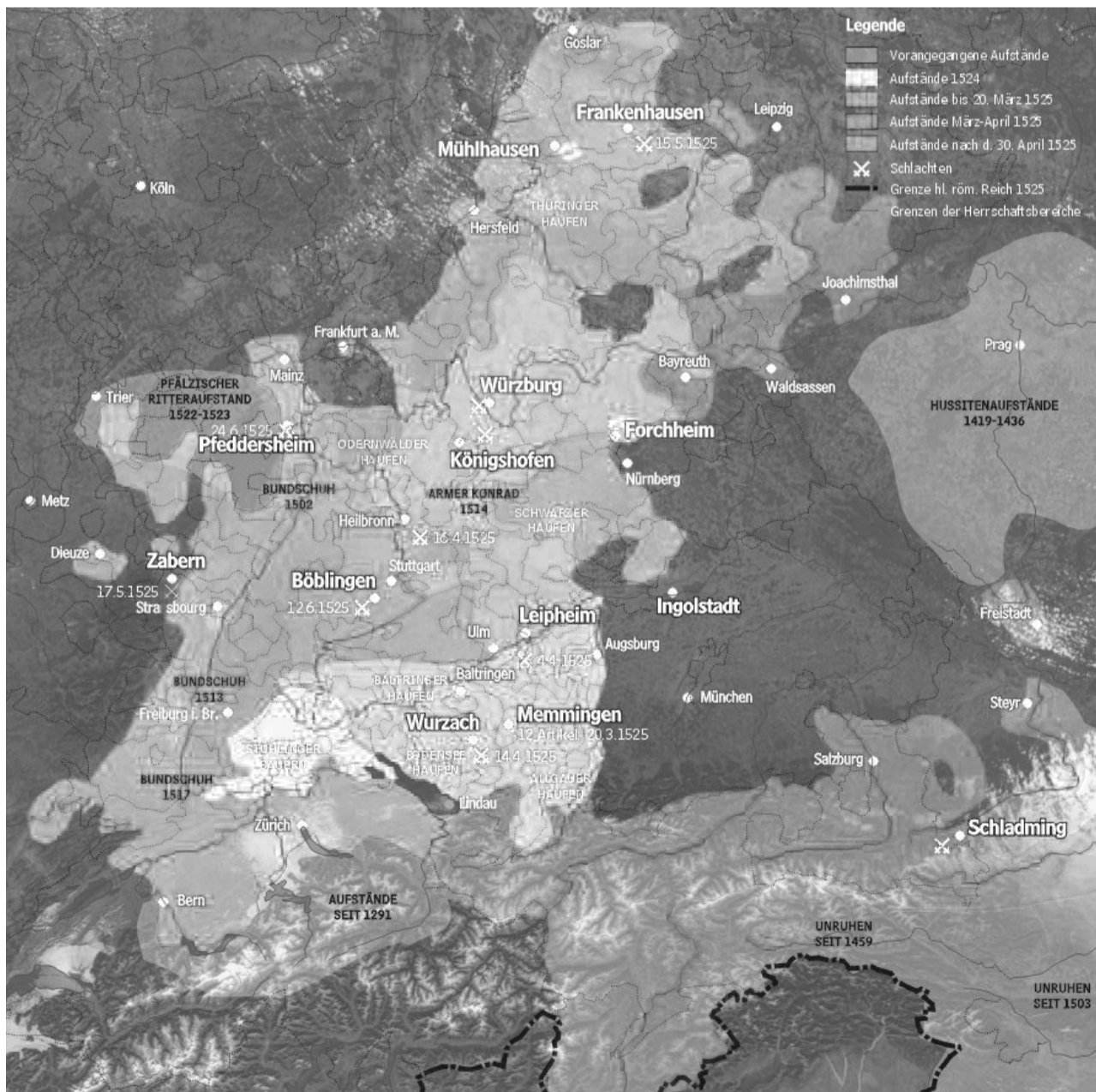
Die Revolte von 1524-26 war nicht der erste Ausdruck von bäuerlichem Widerstand im Gebiet des heiligen römischen Reiches. In der heutigen Schweiz erhoben sich 1489 die Bäuer_innen gegen die Städte Zürich und St. Gallen und 1513 gegen Luzern, Bern und Solothurn. Ab 1493 bis 1516 trat in mehreren Gebieten Südwestdeutschlands die so genannte «Bundschuh-Bewegung» in Erscheinung und im Herzogtum Württemberg lehnte sich 1514 das Bündnis des «Armen Konrads» gegen die Feudalherren auf. Dazu kamen die zahlreichen Bürger_innenerhebungen, die zwischen 1509 und 1514 in verschiedenen südwestdeutschen Städten auftauchten und meist von den ärmeren, unterprivilegierten Schichten gegen Patrizier und Klerus getragen wurden. Obwohl alle diese Aufstände sehr schnell zerschlagen werden konnten, minderte sich die generelle Unzufriedenheit der unteren Klassen auf dem Land und in der Stadt kaum.

Im Gegenteil, mit dem Aufkommen der Reformation fanden die gebeutelten Bäuer_innen ein religiöses und ideologisches Vehikel um ihre Begehren in konkrete Forderungen zu verwandeln. Die tiefe Legitimationskrise des Klerus hatte zu einem Verlust der kirchlichen Glaubwürdigkeit und Autorität geführt. Verschiedene reformatorische Prediger wie Martin Luther, Philipp Melancthon und Thomas Müntzer prangerten diese Missstände an und konnten damit die Massen um sich scharen.

Jedoch zählten religiöse Fragen nicht zu den Ursachen des Bauernkrieges. Die Reformation stellte eher ein Katalysator dar, indem sie den Forderungen und Protesten der Bäuer_innen eine rechtliche und religiöse Legitimation gab. Dieses «Göttliche Recht», nach dem die weltlichen Zustände einer biblischen Begründung bedürften, war es auch, das die Reformatoren zu Beginn mit den aufgebrachtten Bäuer_innen sympathisieren liess, da es sich gut mit ihrer Kritik des Reichtums der Kirche deckte. Doch schon bald distanzieren sich die meisten von den Forderungen der Landbevölkerung und schränken die Anwendung des «Göttlichen Rechts» auf die Kirche ein. Im Zuge der Aufstände und ihrer Zerschlagung, legitimierten die meisten Reformatoren, wie Luther und Melancthon, die Gewalt und Herrschaft des Adels und stellten sich offen gegen die revoltierenden Bäuer_innen.

Thomas Müntzer und die 12 Artikel

Einzig der Priester und Theologe Thomas Müntzer, zu Beginn ein Anhänger Luthers, verfolgte die konsequente Umsetzung des «Göttlichen Rechts» auch auf die weltlichen Herrschaftsverhältnisse. Er unterstützte somit die Forderungen der Bäuer_innen und deren gewaltsamen Befreiung vor der feudalen Ordnung. Als Pfarrer der Marienkirche in Mühlhausen agitierte er für die Aufstände und beteiligte sich direkt an den Kämpfen, wobei er versuchte, die verschiedenen revoltierenden Gruppen, die sich in Thüringen in «Bauernhaufen» organisiert hatten, zu vereinen. Im Verlaufe der Aufstände strebte er an, seine Vorstellungen einer gerechten Gesellschaftsordnung umzusetzen: Er liess Privilegien aufheben, Klöster auflösen, schaffte Räume für die Obdachlosen und richtete Armenspeisen ein. Auch forderte er die «Gemeinschaft aller Güter», die gleiche Verpflichtung für alle zur Arbeit und die Abschaffung aller Obrigkeit.



Ausdehnung der Aufstände im «Deutschen Bauernkrieg» von 1523-25. Südwestdeutschland sowie die nördlichen Gebiete der Eidgenossenschaft waren davon betroffen.

Dieses antifeudale Programm wurde auch von den drei grossen «Bauernhaufen» die sich in Oberschwaben gebildet hatten, vorangetrieben. In der Stadt Memmingen, wo die Bürger_innen mit den Bäuer_innen sympathisierten, versuchten die Führer der drei Haufen ihre Forderungen zu artikulieren und biblisch zu legitimieren. Die zwischen Februar und März 1525 verfassten 12 Artikel stellten ein radikales Programm dar: Unter anderem wurde die Abschaffung mehrerer Steuern und die Zuwendung der Überschüsse an die Armenversorgung gefordert, sowie die Aufhebung der Leibeigenschaft oder die Rückgabe der alten Allmenderechte.

Das Ende

Obwohl die Aufständischen über grossen Zulauf und Unterstützung aus der gemeinen Land- und Stadtbevölkerung genossen, waren sie den professionellen Truppen, die zu ihrer Unterdrückung ausgehoben wurden, hoffnungslos unterlegen. Das hatte vor allem mit der Unfähigkeit zu tun, die verschiedenen Gruppen zu vereinen und ein einheitliches strategisches Programm zu formulieren. Aber auch mit Schwierigkeiten in der militärischen Organisation und Bewaffnung der verschiedenen «Haufen». Obwohl viele Bäuer_innen über militärische Erfahrung verfügten und von Adligen, Patriziern und Klöstern Steuern aufgehoben wurden um Landsknechte anzuwerben, verloren die Bäuer_innen jede Schlacht des Kriegs. 1526 waren alle Haufen besiegt, die Anführer hingerichtet und Zehntausende Bäuer_innen tot. Sie folgten somit dem Schicksal der meisten Bäuer_innen-Aufstände der Geschichte, doch inspirierten sie mit ihrem Beispiel Generationen von Revolutionär_innen. Ein besonderer Aufstand hatte schliesslich hunderte Jahre später Erfolg: Ein Bündnis aus Bäuer_innen und Arbeiter_innen konnte 1917 in Russland die Macht erobern und die Weichen für eine neue Zukunft stellen. den Eurozentrismus und Orientalismus, in dem sie den Westen als einmaligen Hort der Vernunft und Rationalität beschreibt und im Osten grundlegend andere Kräfte als im Westen am Werk sieht. Die marxistische Theorie sieht hingegen überall die gleichen grundlegenden Kräfte des Kapitalismus am Werk, auch wenn sie sich hinsichtlich Intensität, Art und Weise und ihrer Folgen zum Teil stark unterscheiden. Dabei entpuppt sich auch der vielbemühte Vorwurf gegen den Marxismus, er würde sich nur um die kapitalistischen Zentren scheren und den Osten und die (ehemals) kolonisierte Welt kaum beachten, als unzureichend. Viel eher ist die Geschichte des Marxismus gerade eine Ansammlung von Beiträgen, die genau diese Thematik der Unterschiede in verschiedenen Teilen der Welt, zu begreifen versuchen. Lenin, Gramsci, Trotzki, Mao, Dependenz- und Weltsystemtheorie oder Walter Rodneys, kürzlich neu ins Deutsche übersetzte, «Wie Europa Afrika unterentwickelte», befassen sich alle mit den unterschiedlichen Dynamiken des Kapitalismus in der Welt.



«Revolution der Verbundenheit – Wie weibliche Solidarität die Gesellschaft verändert» - Franziska Schutzbach

Franziska Schutzbach ist promovierte Geschlechterforscherin, Soziologin, Publizistin und feministische Aktivistin. Geschlechterthemen wie Misogynie und Sexismus sind dabei ihre Forschungsschwerpunkte. Ebenfalls setzt sie sich mit Kommunikationsstrategien rechtspopulistischer Kräfte auseinander. Mit ihrem Buch «Die Erschöpfung der Frauen - Wider die weibliche Verfügbarkeit» untersuchte sie die Ursachen der weiblichen Verausgabung und kritisierte ein System, welches von Frauen alles erwartet, aber ihnen nichts zurückgibt. In ihrem neuen Buch «Revolution der Verbundenheit» steht die weibliche Solidarität im Zentrum. Die Themen Freundschaft, Frauenbeziehungen in Familien, Revolution der Liebe, Sisterhood und weibliche Verweigerung sind dabei die Schwerpunkte.

Schutzbach zeigt auf, wie patriarchale Strukturen die Fähigkeit zu tieferen Verbindungen, sowohl zwischen den Geschlechtern als auch innerhalb der Gesellschaft insgesamt, hemmen. Die Spaltung von Frauen gehört zu einer der Grundlagen von patriarchaler Macht. Eine Frau soll sich an Männern orientieren. Sie soll sich an sexistischen Massstäben und an männlicher Anerkennung ausrichten, aber sich keinesfalls gemeinsam mit anderen gegen die unterdrückerischen Strukturen auflehnen. Diskriminierung und Gewalt gegen Lesben und genderqueerer Personen hat unter anderem eben in der Abkehr von männlicher Anerkennung ihren Auslöser. Anhand zahlreicher und bewegender Beispiele aus der Vergangenheit und Gegenwart zeigt das Buch, wie trotz dieser Spaltung und Differenzen FLINTAs (Frauen, Lesben, inter-, nonbinäre-, trans-Personen) durch ihre Beziehungen Revolutionen ermöglicht haben. Durch die Verbündung konnten patriarchale Strukturen im Alltag und in der Politik in kleinen Schritten verändert werden. Schutzbach beleuchtet im Buch jedoch auch Herausforderungen wie Machtausübung, Entsolidarisierung und Zerwürfnisse, welche einen solchen Prozess begleiten.



Nathan Thrall: Ein Tag im Leben von Abed Salama

Abed Salama ist ein Palästinenser, der in Jerusalem lebt, und damit ist die Geschichte dieses Buchs eigentlich bereits erzählt. Anhand einer Vielzahl von Akten, Dokumenten und Gesprächen dokumentiert Nathan Thrall (der als jüdischer Amerikaner einige Jahre in Jerusalem lebte und dort in NGOs tätig war, deren Gegenstand der israelisch-palästinensische Konflikt ist) diesen einen Tag in Salamas Leben, der so unheimlich vieles in sich verdichtet. Mit vielen Rückblenden und Nebenerzählungen, die sich den verschiedenen Personen widmen, die in diesem Tag vorkommen – Palästinenser_innen und Israelis, Orthodoxe und Marxist_innen, Frauen und Männer – zeichnet Thrall ein reiches Bild der Realität der gegenwärtigen Apartheid im historischen Palästina. Dreh- und Angelpunkt der Geschehnisse ist ein Unfall eines Schulbusses mit palästinensischen Schüler_innen, die unterwegs zu einem Ausflug waren, wovon einer Salamas Sohn Milad ist. Natürlich ist dieses Ereignis – ein brennender Bus mit Kindern, deren Rettung durch den Irrsinn des kolonialen Besatzungszustands erschwert wird – ein menschlicher Ansatzpunkt, um jenseits von Fragen der historischen Verantwortung und dergleichen schlicht und einfühlsam zu schildern, wie unmenschlich die Gegenwart ist. Thrall ist parteiisch, sicher, aber keineswegs einer, der zuspitzt und übertreibt. »Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat,« sagte Rosa Luxemburg und genau das erklärt, weshalb es lange ging, bis das Buch auf Deutsch erschien. Erst ein Jahr nach der Erstveröffentlichung auf Englisch kommt das Buch nun deutschsprachig auf den Markt, bei einem kleineren Verlag, was erstaunen könnte, da das Buch mit dem renommierten Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurde. Weshalb es lange ging, weshalb bei genau diesem kleinen Verlag, das erklärt Thrall damit, dass grössere deutsche Verlage aus politischen Gründen stets absagten. Angesichts des Genozids soll nicht einmal dieses kleine humanistische Buch die herrschende Staatsraison zugunsten Israels stören. Und man erinnert sich, wie die letztlich zahme Rede von Slavoj Žižek über Palästina und Israel bei der Frankfurter Buchmesse vor einem Jahr zu einem regelrechten Eklat führte. Die Macht wird auch über den Zugriff auf unsere Köpfe gesichert, weshalb niemand sagen soll, Literatur könne nicht befreiend wirken.

DOKUMENTARFILM

Suspekt – 50 Jahre politische Prozesse in der Schweiz

Beni Rambert hat unsere Geschichte mitgestaltet. Als Kommunist mit Anwaltslizenz hat er sich auf juristischer Ebene für die Rechte der Unterdrückten eingesetzt. Gleichzeitig war er politischer Aktivist und Gründungsmitglied des Revolutionären Aufbaus Schweiz, hat auf diese Weise die politischen Kämpfe mitgeprägt. Nun widmet sich der Dokumentarfilm Suspekt von Regisseur Christian Labhart seiner Arbeit, insbesondere der politischen Prozessführung der letzten 50 Jahre. Im Interview spricht Rambert über den Film, die Bedeutung von politischem Widerstand und die Herausforderungen, denen sich linke Bewegungen und Revolutionäre in der Schweiz stellen müssen.

(agfk) 50 Jahre als Strafverteidiger: Wie kam es dazu?

Nach meinem Studium gründeten Claudia Bislin, Susanne Leuzinger, Edi Schönenberger und ich 1975 das Anwaltskollektiv Zürich. Damals hatten wir eine klare Vision: Wir wollten jenen helfen, die sich keine anwaltliche Unterstützung leisten konnten – den «finanziell Minderbemittelten», wie wir sie damals nannten. Claudia übernahm die administrative Arbeit im Sekretariat, während wir anderen als Anwält_innen tätig waren.

Unsere Arbeit war geprägt von Gleichheit und Solidarität. Wir verdienten alle das gleiche Gehalt und trafen wichtige Entscheidungen gemeinsam im Kollektiv. Rückblickend würde ich sagen, dass es ein sozialdemokratisches Projekt war – eines, das aus der Überzeugung entstand, für soziale Gerechtigkeit einzustehen. Wir konzentrierten uns auf Fälle, in denen es um Ungleichheit und Machtverhältnisse ging: Mieter_innen gegen Vermieter_innen, Arbeiter_innen gegen Unternehmer_innen. Im Laufe der Zeit verlagerte sich mein Schwerpunkt auf das Strafrecht, ein Gebiet, das mich besonders faszinierte.

Warum gerade Strafrecht?

Das ist eine schwierige Frage. Es war keine bewusste Entscheidung, sondern etwas, das sich mit der Zeit entwickelt hat. Was mich an diesem Bereich besonders gereizt hat, ist die direkte Konfrontation mit dem Staatsapparat. Im Strafrecht wird diese Konfrontation oft sehr intensiv geführt – das fand ich spannend und herausfordernd.

Ist deine Arbeit politisch?

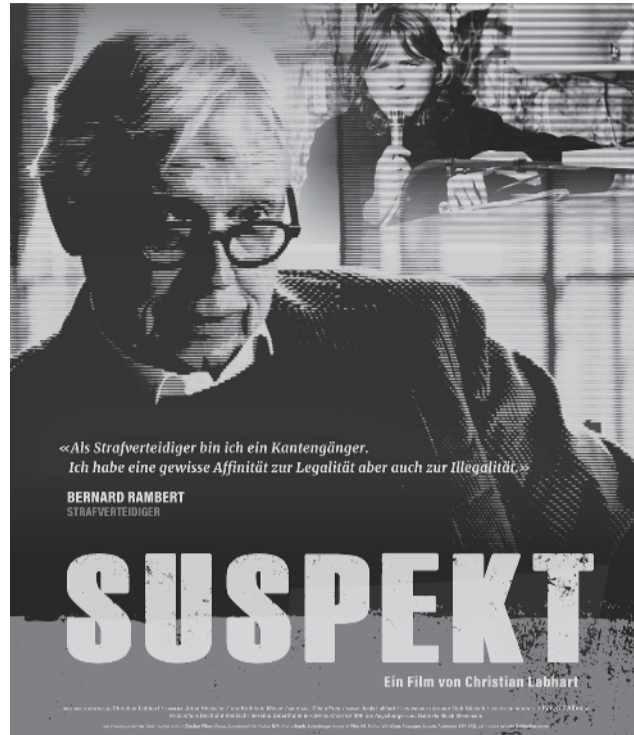
Das hängt davon ab, wie man «politisch» definiert. Wenn ich beispielsweise einen kleinen Ganoven vertrete und dabei eine politische Dimension in die Verteidigung einbringe, könnte man das als politisch bezeichnen. Aber für mich ist das nicht entscheidend. Es gibt viele sinnvolle Aktivitäten, die nicht unbedingt als politisch wahrgenommen werden.

Der französische Anwalt Jacques Vergès hat einmal gesagt: «Als ich das erste Mal einem kleinen Ganoven in der Anwaltszelle gegenüber sass, dachte ich: Das könnte ich selbst sein.» Diese Erkenntnis hat ihm bestätigt, dass er im richtigen Beruf war. Mir ging es genauso. Es geht darum, Menschen eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden, unabhängig davon, ob das als «politisch» gilt oder nicht.

Der Film Suspekt thematisiert deine Arbeit. Worum geht es genau?

Es ist wichtig zu betonen, dass es nicht mein Film ist. Der Dokumentarfilm wurde von Christian Labhart realisiert und von Dschoint Ventschr produziert. Ich stehe zwar im Mittelpunkt, aber der Fokus liegt auf den politischen Prozessen der letzten knapp 50 Jahre in der Schweiz, bei denen ich als Strafverteidiger eine Rolle spielte.

Ein politischer Prozess ist jedoch nie die Bühne des Anwalts. Die Hauptakteure sind die angeklagten Genoss_innen



Kinostart: SUSPEKT feiert Ende Januar 2025 Weltpremiere an den Solothurner Filmtagen und startet in den Kinos der Schweiz am 20. Februar.

und das politische Umfeld, das sie unterstützt. Sie bestimmen den politischen Inhalt der Verteidigung und setzen die Themen. Meine Rolle ist klar: Ich bin eine Hilfsperson, die die juristische Ebene abdeckt und die politische Strategie unterstützt.

Was macht einen Prozess politisch?

Ein politischer Prozess entsteht, wenn der Staat eine Person wegen einer mutmasslichen Straftat verfolgt – beispielsweise wegen Landfriedensbruch – und die Angeklagten diese Gelegenheit nutzen, um ihre politischen Anliegen öffentlich zu machen. Statt sich systemkonform zu verteidigen, etwa durch Abstreiten oder Entschuldigungen, geht es darum, auf die gesellschaftlichen Missstände hinzuweisen, gegen die man kämpft.

Natürlich gibt es Mischformen. Manche Genoss_innen nutzen politische Argumente und weisen gleichzeitig auf fehlende Beweise hin. Im Film erkläre ich die verschiedenen Strategien ausführlich. Wichtig ist, dass die politische Dimension eines Prozesses immer in den Kontext der gesellschaftlichen Kämpfe gestellt wird.

Welche Fälle werden im Film gezeigt?

Der Film beleuchtet eine Reihe prominenter Fälle, darunter die Prozesse gegen:

- Petra Krause: Italienische Antifaschistin und Kommunistin
- Christian Möller und Gabriel Kröcher-Tiedemann: Mitglieder der Bewegung 2. Juni und später der RAF
- Marco Camenisch: Anarchist und Klimaaktivist der ersten Stunde
- Aleks Weber und Fredy Meier: Exponenten der Winterthurer und Zürcher Bewegungen in den 80er Jahren
- Anina Jendreyko und eine kurdische Genossin und Aktivistin beim Frauenstreiktag Basel 2021
- Walter Stürm: Der bekannteste Ausbrecher der Schweiz
- Brian Keller: Symbolfigur für den Umgang, der im Jugendstrafrecht herrscht.

Diese Auswahl hat der Regisseur getroffen. Insgesamt wurden über 16 Stunden Interviews geführt, wovon letztlich nur 45 Minuten in den Film eingeflossen sind. Die übrige Zeit wird mit Archivmaterial ergänzt, das die historischen Zusammenhänge beleuchtet.

Warum war dir der Film wichtig?

Für mich geht es um Erinnerungskultur. Politische Prozesse spiegeln die Kämpfe der Arbeiter_innen und anderer unterdrückter Gruppen wider. Diese Kämpfe müssen dokumentiert und im historischen Kontext verstanden werden. Der Film soll zeigen, wie politische Prozesse geführt wurden und welche Herausforderungen es dabei gab – etwa die Bruchposition mit dem Staat.

Es gab Diskussionen mit SRF, das den Film teilweise mitfinanzierte. Was ist passiert?

Das SRF steht unter politischem Druck, etwa durch die Halbierungsinitiative der SVP. Für einige Kreise bin ich eine Reizfigur. Ein Film, der mich in den Mittelpunkt stellt, könnte schnell als «Propaganda für Linksextreme» diffamiert werden.

So wurde etwa ein Zitat von Don Hélder Pessoa Câmara entfernt, das ursprünglich als Schrifttafel im Film erscheinen sollte. Auch Marc Rudin, ein langjähriger Genosse, durfte nicht zu Wort kommen. Der bewaffnete Kampf für Palästina war den Geldgeber_innen offensichtlich ein zu heisses Eisen. Die Kompromisse gegenüber SRF gründeten auf finanziellen und taktischen Überlegungen.

Wie bist du mit den Kompromissen umgegangen?

Ich habe eine schlaflose Nacht gehabt. Aber ich wusste von Anfang an, dass Kompromisse notwendig sein würden – sowohl mit dem Filmteam als auch mit den Finanzierungsstellen. Trotzdem waren die Diskussionen spannend, insbesondere zu Themen wie Feminismus und Genderfragen. Es zeigt, dass man nicht immer exakt die gleichen Positionen vertreten muss, um ein gemeinsames Projekt umzusetzen.

Sollten wir den Film im Kino schauen gehen?

Das muss jede_r selbst entscheiden. Ich hoffe jedoch, dass der Film einen Einblick in die Welt des Strafrechts und die Geschichte der politischen Prozesse in der Schweiz gibt. Es geht nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch darum, wie wir heute politische Kämpfe führen und dokumentieren.

Danke für das Interview, wir werden den Film schauen und die Gelegenheit nutzen, über politische Prozesse zu reflektieren.

Zitat, das im Film nicht vorkommen darf:

Die erste, die Mutter aller anderen, ist die institutionelle Gewalt. Sie legalisiert und verewigt Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung. Sie zermalm und eliminiert Millionen von Menschen in ihren stillen und gut geölten Rädchen.

Die zweite ist die revolutionäre Gewalt, die aus dem Willen erwächst, die erste abzuschaffen.

Die dritte ist die repressive Gewalt, die die zweite unterdrückt, indem sie sich zum Helfer und Komplizen der ersten Gewalt macht - derjenigen, die alle anderen verursacht.

Es gibt keine schlimmere Heuchelei, als nur die zweite «Gewalt» zu nennen und dabei so zu tun, als vergesse man die erste, die ihr Leben gibt, und die dritte, die sie tötet.

– Don Hélder Pessoa Câmara

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafts), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Arbeitsgruppe Frauenkampf (agfk), Frauenkampfkollektiv (fkk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org Winterthur: Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
 Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel/Paramoia City Buch & wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalberstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.